

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.00 Mk. monatlich 1.30 Mk.
vierteljährlich 3.00 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Besteht für die sechsstelligen Anzeigen
über dem Namen 60 Pfg. ...

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 18. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der russische Widerstand am Sereth.

Abwehr im Hpern-Bogen — Die Russen-
angriffe südlich Smorgon abgeschlagen —
Erbitterte Russenangriffe zwischen Casiu-
und Sufita-Tal — Russisches Andrängen
im Sereth-Donau-Winkel gegen Badeni
und La Burtea — Der Fiegerkrieg im
Dezember.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. Ja-
nuar 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschiffe Kronprinz Rupprecht.

An mehreren Stellen der Front nahm der Artilleriekampf an
Festigkeit zu. Im Hpern-Bogen wurde eine feindliche Unter-
nehmung durch unsere Batterien im Keime erstickt.

Erfolgreiche eigene Patrouillen-Unternehmungen bei Le Sarb,
Gruendecourt und westlich Péronne brachten 27 Gefangene und
ein Maschinengewehr ein.

Seereschiffe Kronprinz.

Nach wirkungsvoller Sprengung auf den Combres-Höhen
drangen hannoversche Infanterie und Pioniere in die feindliche
Stellung ein und leiteten nach Ueberwältigung der Graben-
besatzung mit mehreren Gefangenen in die eigenen Linien zurück.

Westlicher Kriegsschauplatz.

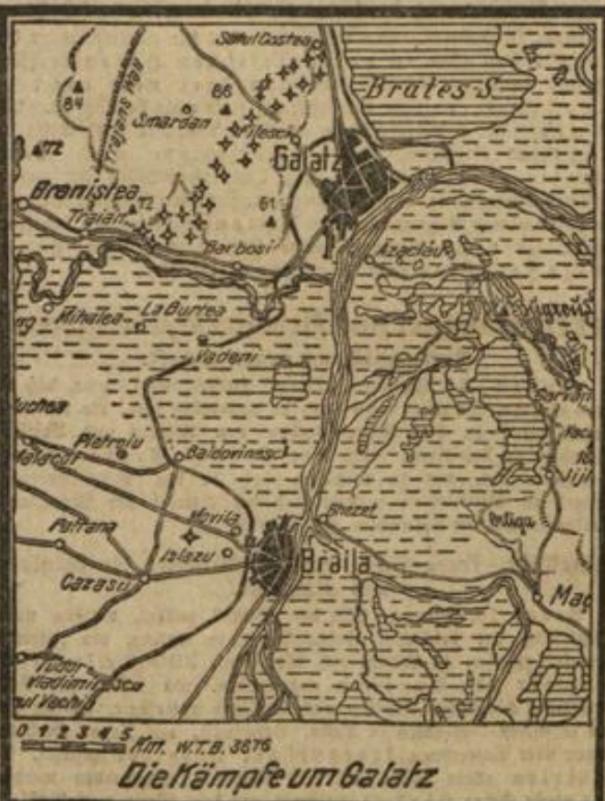
Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Festigem Artilleriefeuer folgten nachmittags russische Angriffe
gegen unsere Stellungen südlich Smorgon, die abgeschlagen sind.
In schmaler Front eingedrungener Feind wurde zurückgeworfen.
Die Stellung ist restlos in unserer Hand. Zahlreiche tote Russen
bedecken das Angriffsfeld.

Während der Nacht wurden an mehreren Stellen gegen
unsere Linien vorgehende Erkundungsabteilungen und Jagd-
kommandos abgewiesen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.
In den Ostkarpaten holten Stoßtrupp deutscher Jäger am
Goman (nördlich der Goldenen Bistritz) mehrere Russen und ein
Maschinengewehr aus den feindlichen Gräben.

Zwischen Casiu- und Sufita-Tal setzten Russen und Rumänen
ihre Angriffe gegen die ihnen in den letzten Kämpfen entrissenen
Höhenstellungen mit starken Waffen erbittert fort. Auf einer
Kuppe gelang es ihnen Fuß zu fassen, an allen anderen Stellen
sind sie unter großen Verlusten blutig abgewiesen.



Seereschiffe des Generalfeldmarschalls
von Radenski.

In der Sumpfniederung zwischen Braila und Galatz sind
vorgehende türkische Positionen bei Badeni vor überlegenen
feindlichen Kräften befehlsgemäß auf die Hauptsicherungslinie
zurückgenommen.

Gegen La Burtea vorgehende russische Abteilungen wurden
durch unser Artilleriefeuer zum Halten gezwungen.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Trotzdem ungünstige Witterungsverhältnisse die Flugfähigkeit
im Monat Dezember erheblich einschränkten, gelang es unseren
Fliegern und Flugabwehrformationen, dem Feinde erhebliche Ver-
luste zuzufügen.

Wir verloren 17 Flugzeuge.

Unsere Gegner blühten 68 Flugmaschinen ein, davon im Luft-
kampf 48, durch Abschuss von der Erde 16, durch unfreiwillige
Landung 2. Davon sind in unserem Besitze 22, jenseits der
Linien erkennbar abgestürzt 44 Flugzeuge.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 17. Januar, abends.

Außer lebhafterer Geschäftstätigkeit bei
Beaumont sind von der Westfront keine besonderen
Ereignisse zu melden.

Im Osten blieb die Artillerietätigkeit südlich
Smorgon reger. Angriffe sind bisher nicht er-
folgt.

Der österreichische Bericht.

Wien, 17. Januar 1917. (W. T. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschiffe des Generalfeldmarschalls
von Radenski.

Bei Badeni wurden vorgeschobene osmanische Sicherungen
vor überlegenen feindlichen Kräften auf die Hauptsicherungslinie
zurückgenommen. Ein feindlicher Angriff auf die Stellungen etwa
zwei Kilometer westlich von Badeni kam durch unser Sperrfeuer
zum Stehen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Zwischen dem Casiu- und Sufital gingen die Russen und
Rumänen mit starken Kräften zum Angriff über. Es gelang dem
Feind, sich auf einer Höhe festzusetzen, während er auf den übrigen
Frontteilen restlos abgewiesen wurde.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

Bei den I. und I. Truppen keine Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karstochschäke und im Wipachtale setzte die Artillerie-
tätigkeit wieder auf.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
v. Szefer, Feldmarschalleutnant.

Geheimisungen.

Die Sitzung des dänischen Reichstages.

Kopenhagen, 17. Januar. In Anwesenheit sämtlicher
Minister und der meisten Abgeordneten nahm gestern Nach-
mittag eine vertrauliche Sitzung des Reichstages ihren An-
fang. Der Minister des Äußeren, Stadenius, hielt eine fast
einstündige Rede, in der er sich eingehend über die Entstehung
der skandinavischen Friedensnote ausließ und die Gründe des
Vorgehens darlegte, um sich im Anschluß daran über die
handelspolitische Situation zu äußern. Alsdann hielt der Ab-
geordnete Fore eine längere Rede über die Handelsverhält-
nisse Dänemarks, während des Ministers des Innern Rede die
Getreidestage beleuchtete. Die Sitzung dauerte bis zum
Abend, auch heute sollen noch Verhandlungen hinter ver-
schlossenen Türen stattfinden.

Die Sitzung des Storting.

Kristiania, 17. Januar. In der heutigen geheimen
Sitzung des Storting gab der Minister des Äußeren
eine lange Erklärung über die außenpolitischen
Verhältnisse Norwegens ab, die fast die ganze Sitzung in
Anspruch nahm. Es wurde beschlossen, die Erklärung in einer
späteren Sitzung zur Besprechung zu stellen.

Was soll noch die Zensur?

Es ist Zeit, einen vergessenen Nachposten einzuziehen.
der noch von Kriegsbeginn stehen geblieben ist. Wir haben
noch immer die Zensur. Aber wir haben sie vielleicht nur
deshalb, weil sich niemand die Mühe genommen hat, darüber
nachzudenken, was sie eigentlich soll.

Die Zensur gehört zu den Mitteln eines sich in raschem
Tempo vollziehenden Niederwerfungskriegs. Wo die Lot allein
entscheidet, sollen Zweifel und Bedenken, jeiliche Ein-
wirkungen, die den Erfolg gefährden, niedergehalten werden.
So wie man sich den Krieg nie anders vorstellen konnte als
eine rasch vorübergehende Erscheinung, so war die Zensur nie
anders gedacht denn als eine vorübergehende Maßregel.

Anderer kann sie auch gar nicht wirken. Denn die freie
Diskussion setzt sich in einem Lande, das einmal an sie
gewöhnt war, immer wieder von selber durch. Wir möchten
fragen: Gibt es irgend eine Meinung über den Krieg und
die mit ihm zusammenhängenden Gegenstände, die dem Volke
nicht bekannt ist, die von ihm nicht diskutiert wird? Da sind
einmal die feindlichen Notizen und die feindlichen
Kriegsberichte! Sie enthalten das denkbar Stärkste gegen
die Staatsoberhäupter, die Regierungen, die Kriegsführung der
Mittelmächte. Ein Zehntel von dem, was in ihnen steht,
hätte vor dem Kriege genügt, jedem Redakteur, der es ver-
öffentlicht hätte, eine lange Gefängnisstrafe einzutragen. Heute
aber liest man es in der „Nordd. Allgem. Ztg.“!

Folgen die Parlamentsverhandlungen. Sie
stehen auch während des Krieges und zum Jammertal, und die
Protokolle der Reichstags- und Landtagsdebatten enthalten
tatsächlich jede Meinung, die innerhalb des Volkes vertreten
wird. In Versuchen von Gegenwirkungen durch die Präsi-
denten hat es nicht gefehlt, aber das müßte ein sehr wi-
dersprechlicher Redner sein, der sich ihnen nicht zu entziehen ver-
möchte und es nicht fertig brächte, seine Ansichten dennoch zum
Ausdruck zu bringen!

Und nun die Presse selbst? Auch hier hat sich die alte
Erfahrung der Zensur bestätigt, daß sie den Strom der öffent-
lichen Meinung nur in andere Kanäle ablenken, nicht ihn zum
Stillstand bringen kann. Und schließlich setzen sich die Not-
wendigkeiten der öffentlichen Erörterung immer wieder von
selber durch. Trotz Burgfriedens fehlt es nicht an angeregten
Unterhaltungen zwischen den verschiedenen politischen Rich-
tungen; Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, Stadt und
Land müssen in der Diskussion kriegerischer Maßnahmen in
Erscheinung treten. Ueber Kriegsziele, selbst
über Kriegsmethoden, wird in aller Öffentlichkeit ganz
ungescheut debattiert.

In der letzten Zeit hätte die deutsche Presse sicher nicht
erheblich anders ausgesehen, wenn es überhaupt keine Zensur
gegeben hätte.

Und nun haben wir noch das deutsche Friedensangebot
erlebt und seine Ablehnung durch die Gegner. Für alle Welt
ist damit klar geworden, daß Deutschland gegen feindliche Er-
oberungsabsichten einen Verteidigungskrieg zu führen
hat. Die „Frage“ der Landesverteidigung, die immer
höchstens nur für sehr vereinzelte Geister eine „Frage“ war,
ist damit für das ganze Volk außerhalb jeder Erörterung ge-
stellt. Jedermann weiß, daß das, was jetzt geschieht, eben nur
darum geschieht, weil es anders durchaus nicht geht.

Diese Auffassung ist so ziemlich in der ganzen deutschen
Presse zum Ausdruck gekommen, und das hätte auch nicht
anders sein können, selbst wenn man denjenigen mit einer
Prämie bedacht hätte, der dazu etwas anderes zu sagen wüßte.

Man könnte den Einwand erheben: Wenn die deutsche
Presse ohnehin sagen kann, was sie will, und wenn ihr der
Text ohnehin nicht von den Behörden, sondern von den
bitteren Tatsachen vorgeschrieben wird, wozu bedarf
es dann überhaupt der Aufhebung der Zensur?

Die Antwort lautet: Gerade deswegen ist die Auf-
hebung der Zensur doppelt notwendig, um den Eroberungs-
politikern des Auslandes zu zeigen, daß sie es nicht nur mit
der deutschen Regierung und einer von ihr gegängelten öffent-
lichen Meinung, sondern daß sie es wirklich mit dem Volke
selbst zu tun haben, das Eroberungskriege verabscheut, von
welcher Seite immer sie geführt werden mögen.

Die deutsche Regierung hätte darum nichts Klügeres tun
können, als die Zensur am Tage des Friedensangebots
feierlich und in aller Form aufzuheben. Sie hätte
dann freilich Vorwürfe, die sie von nationalisierender Seite des-
wegen erfahren hat, vielleicht in verhäßlicher Form vorgesetzt
bekommen, aber sie hätte doch gezeigt, daß sie das Urteil des
eigenen Volkes über ihre Handlungsweise nicht scheut und nicht
zu scheuen braucht.

Die Aufhebung der Zensur könnte aber auch nicht ohne
Rückwirkung auf andere Länder bleiben, die sich
gerade jetzt — nach der Ablehnung des Friedensangebots —
den Luxus einer vollkommenen Pressefreiheit viel weniger ge-

statten können als wir. Keinen größeren Triumph könnte es für Deutschland geben, als wenn es seine Zensur als gänzlich überflüssig beseitigte und dadurch das republikanische Frankreich im Ansehn zu folgen! Wollte die französische Regierung aber wirklich den Skandal wagen, ihre Presse weiter noch als „L'homme enchainé“, als den gefesselten Mann zu behandeln, während sich die deutsche Presse der vollkommensten Freiheit erfreute, so müßten sich daraus politische Folgen ergeben, an denen die leitenden Männer der Republik wenig Freude hätten.

Wagen sie es nicht, dann werden sie es nicht hindern können, daß sich der Wille zum Frieden auch drüben Bahn bricht.

Zwang braucht nur der, der niederschlagen und nehmen will. Freiheit aber ist die Waffe desjenigen, der nichts anderes will als Verteidigung und Frieden. Die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes, ja nicht nur die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheit in ihrem Umfang vor dem Kriege, sondern auch ihre Erweiterung ist ein wichtiges Mittel der nationalen Verteidigung. Freiheit, Kritik, Friedenswillen — wir haben nichts davon zu fürchten! Die andern aber desto mehr! Wäre es nicht an der Zeit, den „Schrecken der Freiheit“ in ihre Reihen zu tragen?

## Schweden und der Weltkrieg.

### Thronrede zur Eröffnung des Reichstags.

Stockholm, 16. Januar. Der Reichstag wurde heute vom König mit einer Thronrede eröffnet, in der es heißt:

„Schwer ist die Zeit, in welcher König und Reichstag in gemeinsamer Verantwortung für die Sicherheit und Zukunft des Reiches sich wieder begegnen. An Euch und an das ganze Volk Schwedens wünsche ich bei dieser Gelegenheit eine ernsthafte Mahnung zu richten. Der Weltkrieg, der im dritten Jahre mit zunehmender Heftigkeit, und wenn wir auch durch Gottes Gnade bisher dem entgangen sind, in ihn hineingezogen zu werden, so haben wir doch mannigfach unter seinen Wirkungen leiden müssen.“

### Die Schwierigkeiten mehren sich jeden Tag.

Je länger der Krieg dauert, und wie können und dürfen vor dem tiefen Ernst der Zeit die Augen nicht beschließen. Schwedens Volk muß dies einsehen lernen und unter diesen schwierigen Verhältnissen innere Meinungsverschiedenheiten ruhen lassen. Innere Uneinigkeit erschwert in hohem Maße meine Arbeit, während Einigkeit die Erreichung des Bieles erleichtert, welchem ich unter Zustimmung des ganzen Landes zugestreben wie vorsehe, nämlich die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Reiches zu sichern und seine Neutralität zu bewahren.

Die vermehrte Wehrebereitschaft der Land- und Seestreitkräfte des Reiches, welche zu befehlen ich nötig gefunden habe, muß immer noch aufrechterhalten werden. Infolge zunehmender Ausbreitung der Kriegsoptionen in unseren Grenzgewässern habe ich besondere Maßnahmen treffen müssen. Die einstimmigen Ausrufungen, die während des letzten Reichstags zur

### Frage der Aland-Inseln

gehandelt worden sind, sind für mich eine Stütze bei meinen Bemühungen, sie zu einer Lösung zu bringen, wie die Lebensinteressen Schwedens sie verlangen. Die Ueberzeugung von der Verpflichtung aller neutralen Staaten, das Völkerrecht aufrecht zu erhalten, die Fürsorge für gemeinsame berechnete Interessen, das Streben, an der Erreichung eines dauerhaften Friedens, der seine innige Stellung und Entwidlung sichert, mitzuwirken, haben Schweden dazu aufgefordert, in Verbindung mit anderen neutralen Mächten, vor allem mit den beiden anderen skandinavischen Reichen, zu gemeinsamer Beratung und Beschlussfassung in Verbindung zu treten. So ist meine lebhafteste Hoffnung, daß die schon erreichte Zusammenarbeit zwischen den neutralen Staaten verstärkt und erweitert werden wird.

### Die Knappheit auf dem Weltmarkt

für Bedarfswaren, welche der Krieg hervorgerufen, die Hindernisse, welche die kriegführenden Mächte unserer Zufuhr bereitet haben, haben immer empfindlichere Schwierigkeiten für unser Volk herbeigeführt. Um die Zufuhr wichtiger Bedürfnisse zu sichern, jedoch ohne Verabstimmung anderer wesentlicher Interessen, habe ich Verhandlungen mit gewissen kriegführenden Mächten eingeleitet. Die Fürsorge für den Ankauf besonders notwendiger Waren auf ausländischen Märkten und ihre Einfuhr unter angemessenen Bedingungen ist Gegenstand meiner besonderen Aufmerksamkeit. Die Notwendigkeit, eine gerechte Verteilung der unentbehrlichen Lebensmittel zu sichern, hat mich veranlaßt, Vorschriften zu erlassen, welche tief in das Privatleben eingreifen. Zu dem Zweck, durch Maßnahmen, wie Preisoberabhebungen, die Wirkungen der Teuerung zu mildern, beabsichtige ich, Anträge vorzulegen, welche sehr bedeutende Staatsausgaben voraussetzen. Das Bestreben des Staates, den schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft zu helfen und sie zu schützen, kann jedoch nur dann vollen Erfolg haben, wenn sie durch bereitwillige Gefinnung und die Mitwirkung des Volkes gefördert werden, sowie durch seine Selbstzucht in der harten Schule der Zeit zu härterem Gemeingefühl und zur Freimachung von der

### Regierde nach übermäßigem Gewinn.

Für Staatsbeamte und Pensionempfänger beabsichtige ich eine besondere Kriegsbeihilfe in möglich vergrößertem Umfang und für gewisse Beamte andere wirtschaftliche Verbesserungen vorzuschlagen. In dieser Zeit der Invidien und Gewalt, deren Ende noch nicht abzusehen ist, verlangt die Sicherheit des Reiches, daß die Beherrschung unter Ausnutzung aller im Kriege gemachten Erfahrungen gestärkt wird. Eure Mitwirkung hierbei wird von mir erbeten werden.“

Weiter werden in der Thronrede die vorzulegenden Regierungsvorschläge erwähnt, darunter Vorlagen wegen Veränderungen am Grundgesetz zum Zwecke einer neuen Einteilung der Regierungsministerien und Erleichterung der Arbeit des Reichstags, ferner ein Gesetzentwurf zur Förderung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Bedeutende Summen werden zu neuen Eisenbahnanlagen in Norrland, zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Staatsbahnen und Erweiterung des Telephonnetzes verlangt. Ein vollständiger Plan zur baldigen endgültigen Dedung von teils schon gemachten, teils bevorstehenden Ausgaben zum Neutralitätszweck und anderen durch den Krieg oder seine Gefahren veranlaßten Bedürfnissen werde vorgelegt werden. Der Plan ist hauptsächlich auf eine im wesentlichen für längere Zeit vorgesehene Erhöhung von Einkommen und Vermögensteuer gegründet, insofern diese die leistungsfähigsten Volksschichten trifft.

Die Rede schließt mit folgenden Worten: „Bei Ausarbeitung des Haushaltsentwurfs ist sowohl Sparsamkeit, als die Verhältnisse gestatten, beobachtet worden. Jedoch werden Gesetzentwürfe wegen neuer Steuern vorgelegt werden. Ich beabsichtige, bei Euch die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zu beantragen, der mit mir beraten kann.“

Fünfzig Jahre sind jetzt verflossen seit dem Tage, wo ein Reichstag aus gewählten Vertretern des schwedischen Volkes den alten schwedischen Reichstag ererbte. Ihr habt nun ihm die Pflicht gegen das Vaterland gelehrt. Größere Forderungen als zuvor werden von der schicksalsschweren Zeit, welche wir jetzt durchleben, an Euch gestellt. Indem ich den Segen Gottes auf Euch und Eure Arbeit herabrufe, erkläre ich diesen Reichstag für eröffnet und bleibe Euch edlen Herren und schwedischen Männern in aller königlichen Gnade stets gewogen.“

### Der Staatshaushalt.

Stockholm, 16. Januar. Der heute dem Reichstag vorgelegte Staatshaushaltsentwurf balanciert mit 480 000 000 Kronen, 66 1/2 Millionen mehr als voriges Jahr. Zur Verminderung der Teuerung und zur Preisoberhebung werden 40 Millionen verlangt. Die Ausgaben für das Heer betragen 88 Millionen, für die Flotte 85 1/2 Millionen. Der Kriegsminister kündigte Regierungsvorlagen wegen Anschaffung neuer schwerer Geschütze und Neuordnung und Erweiterung der Fliegerarmee an. Die Erhöhung der Steuern wird auf 18 Millionen Kronen berechnet.

### Eine spanische Note.

Bern, 16. Januar. Ehonorblätter melden aus Madrid, daß gestern nachmittag im Ministerium des Aeußeren eine lange Besprechung zwischen Romanones, dem Minister des Aeußeren und dem österreichisch-ungarischen Volskämmer stattfand. Nachher wurde folgende amtliche Note veröffentlicht:

„Man hat allen Grund zu der Annahme, daß infolge der heutigen Konferenz alle in Umlauf gebrachten Gerüchte bezüglich unwarthscheinlicher Forderungen und angeblicher fremder Einmischungen in unsere innere Politik zum Schweigen kommen werden.“

### Das einzige Kriegsprogramm — der Friede.

Das spanische offizielle Blatt „Imparcial“ schreibt, daß die Rede Romanones und die letzte Note der Regierung bezüglich eines Beschlusses in der diplomatischen Vertretung befreundeter Mächte von neuem den Beweis erbracht hätten, daß sowohl die konservative wie die liberale Partei Spaniens vollständig darin übereinstimmen, daß nur das Prinzip der absoluten Neutralität in Spaniens Politik möglich sei. Es könne in Spanien kein Mißverständnis mehr darüber geben, daß nur diejenigen Persönlichkeiten die Regierungspolitik nicht billigen könnten, die die Interessen und die Würde Spaniens verkennten, aber selbst diese müßten heute zugeben, daß das einzige Kriegsprogramm Spaniens der Friede sein müsse.

### Rücktritt Lansing's?

Die vor einigen Tagen aufgetauchte Nachricht, Wilsons Staatssekretär Lansing werde zurücktreten, wird auf dem Wege über Rußland wiederholt. Als zuerst davon die Rede war, hieß es, der Ausgang der Friedensaktion Wilsons bedinge den Schritt Lansing's. Heute läßt sich der „Lokalanzeiger“ Gerüchte von erschütterter Gesundheit und Einkommensvermehrung durch Advokatenarbeit melden. Sogar der Nachfolger wird schon genannt: der erste Beamte des Staatsdepartements F. L. Loh. Wir verzeichnen die Gerüchte. Durch Nachrichten aus sicherer Quelle werden sie nicht bestätigt.

### Das Ministerschieben in Rußland.

Nachrichten russischer Blätter, die über London und Stockholm kommen, bestätigen, daß noch mehrere Minister den Weg Trepoins zu gehen haben werden. Finanzminister Bark ist herunter und vor allem der Außenminister Pokrowski. Wieder wird der Gegenfah gegen Protopopow als Ursache des Rücktritts betont. Von Pokrowski wird im „Njetich“ gesagt, er fühle sich ohne den zurückgetretenen Neratow hilflos, und in einigen Tagen werde Wolowow, der andere Gehilfe im Außenministerium, allein zurückbleiben. Daß Pokrowski beim Zaren nicht wie seine demittierenden Kollegen in Ungnade gefallen ist, dürfte sich aus der Verleihung eines hohen Ordens schließen lassen, die am Montag gemeldet wurde.

Des weiteren heben auch neuerdings einlaufende Meldungen hervor, daß man von Golizyn, der sich einmal für die Bauernfrage interessiert haben soll und der vor unanzig Jahren als Gouverneur von Lwow seine stamm-reaktionäre Gefinnung betätigte, ganz und gar keine fortschrittlichen Leistungen auf dem Gebiete innerer Reformen erwartet. „Njetich“ meint, Golizyns Grundfah „Alles für den Krieg“ bedeute vornehmlich, daß alle diese Reformen bis zum Kriegsschluß aufgeschoben seien. Der Dumafoliant Scheide soll der Regierung Golizyns den Spottnamen „Revolutionsministerium“ angehängt haben.

### Griechenland nimmt das Ultimatum vollständig an.

Bern, 17. Januar. Wie „Secolo“ aus Athen meldet, hat die griechische Regierung den Vertretern der Entente eine Ergänzungsnote überreicht, durch die das Ultimatum vollständig angenommen wird. Die Ausführung der Ententeforderungen soll sofort beginnen.

Nach Meldung der „Frankfurter Zeitung“ vernimmt der „Matin“, daß seit zwei Tagen die Artillerie- und Kriegsmaterialtransporte nach dem Peloponnes befriedigend seien. Man rechnet, daß die Hälfte der königlichen Artillerie das kontinentale Griechenland verlassen habe.

### Der Krieg auf den Meeren.

#### Die Versenkung der „Westminster“.

Berlin, 17. Januar. Nach „Times“ vom 30. 12. 16 macht die englische Admiralität mit Bezug auf die Versenkung des Dampfers „Westminster“ durch ein deutsches U-Boot und die Beschließung der in den Booten befindlichen Besatzung bekannt:

Der Grad der Wildheit, den die Deutschen in ihrer U-Boots-taktik erreicht hätten, ist nie auf das höchste gestiegen zu sein bei der Versenkung des englischen Dampfers „Westminster“. Am 14. 12. 16 wurde er von einem deutschen U-Boot ohne Warnung angegriffen, als er sich 180 Seemeilen von Land befand und er wäre schnell hinter einander von zwei Torpedos getroffen worden, die vier Mann töteten. Offiziere und Besatzung des Dampfers waren, während sie sich vom dem sinkenden Schiff zu retten suchten, von dem U-Boot auf 2700 Meter Entfernung beschossen worden. Kapitän und leitender Maschinist waren auf der Stelle getötet, ihr Boot wurde gesunken. Der zweite und dritte Maschinist und drei Mann der Besatzung waren nicht aufgeführt worden. — Es folgen dann die üblichen Andeutungen der Entrüstung über „faßliches Verbrechen“, Beweis für den

Tiefstand der deutschen Ehre usw., offenbar mit dem Zweck, die Erinnerung an den „Baralong“, „King Stephen“ und „Crompton-Hall“ zu erwidern.

Demgegenüber wird, nachdem die dienstliche Meldung des betreffenden U-Boots-Kommandanten vorliegt festgestellt:

1. Es ist nur ein Torpedo auf den bewaffneten Dampfer „Westminster“ abgefeuert worden.
2. Mit der Kanone ist überhaupt nicht geschossen worden.
3. Als das Unterseeboot nach dem Torpedoschuß auftauchte, war das Schiff schon gesunken. Die Angabe, die Besatzung wäre, als sie sich vom dem sinkenden Dampfer zu retten suchte, beschossen worden, ist somit frei erfunden.
4. Das U-Boot versuchte nach der Versenkung, sich den Rettungsbooten zu nähern. Bei diesem Versuch kam ein feindlicher Bewachungsdampfer in Sicht. Das U-Boot mußte sich im Interesse der eigenen Sicherheit entfernen. Dies konnte um so unbedenklicher geschehen, als die Aufnahme der Besatzung des Dampfers durch den Bewachungsdampfer gesichert war.

Der Bericht der englischen Admiralität ist somit in allen Einzelheiten falsch und trägt den Stempel tendenziöser Stimmungsmache im eigenen Land und bei den Neutralen an der Stirn.

### Die Strecke eines U-Bootes.

Das von Kapitänleutnant Wünsche besetzte U-Boot hat auf der Fahrt, von der es jetzt zurückgekehrt ist, nicht weniger als 16 Schiffe mit zusammen 26 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Es befanden sich darunter zwei Schiffe mit Mais, drei mit Kohlen, drei mit Früchten, zwei mit Schwefelkies und je eins mit Salpeter, Eisenerz, Grubenholz und Hafer.

### Jagd auf einen deutschen Erdampfer.

Stavanger, 16. Januar. Ein vor Stavanger kreuzendes englisches Geschwader verfolgte heute einen deutschen Erdampfer, dem es jedoch gelang, wohlbehalten über die Hoheitsgrenze bei Egersund zu flüchten, wo er vor Anker ging. Als ein norwegisches Torpedoboot hinzukam, gingen die fremden Kriegsschiffe seewärts zurück.

### Bewaffnung japanischer Handelschiffe.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Tokio: Die japanische Regierung hat beschlossen, alle nach Europa fahrenden japanischen Handelschiffe mit Geschützen zu bewaffnen, damit sie im Falle der Not die deutschen Unterseeboote zu bekämpfen. Man hofft, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihnen die Durchfahrt durch den Panamakanal gestatten wird.

### Das Schicksal der „Norma“-Besatzung.

Kopenhagen, 16. Januar. (S. L. S.) Der dänische Dampfer „Norma“, 2800 Reg.-T., wurde letzten Sonntag auf der Reise von Valencia nach London mit einer Ladung Süßfrüchte von einem Unterseeboot versenkt. In dem Telegramm wird nichts über das Schicksal der Besatzung erwähnt, es ist jedoch anzunehmen, daß sie gerettet wurde, da die Versenkung im Kanal erfolgte.

### Russisches Torpedoboot gesunken.

Kopenhagen, 16. Januar. Das russische Torpedoboot „Dobrowskij“ von 600 Tonnen ist, wie jetzt festgestellt, am 21. August 1916 am Eingange des Rigaischen Meerbusens auf eine Mine gelaufen und gesunken.

### Die ohne Warnung torpedierte „Zagreb“.

Rom, 16. Januar. Bericht des Marineministeriums: Am Morgen des vierzehnten Januar wurde bei den Dalmatinischen Inseln ein österreichisches Schiff von einem französischen Unterseeboot, das unteren Seestreitkräften beigegeben ist, torpediert und versenkt. Das Unterseeboot wurde ohne Ergebnis von einem österreichischen Flugzeug angegriffen.

Es handelt sich um den österreichischen Kurzdampfer „Zagreb“, der, wie gemeldet wurde, von einem feindlichen Unterseeboot ohne Warnung torpediert wurde. Eine erhebliche Anzahl Passagiere sind diesem böllerrichtswidrigen Angriff zum Opfer gefallen.

### Das Ringen gegen die Schiffsräumnot. Geharbeit im Schiffbau.

Manchester, 16. Januar. Die „Manchester Guardian“ erzählt, hat das neue Schiffbaukomitee der Regierung beschlossen, einbedige Dampfer von etwa 9000 Tonnen und von einer Länge von 400 Fuß nach einer bestimmten Standardkonstruktion bauen zu lassen. Es sind bereits 36 Kontrakte über solche Schiffe abgeschlossen. In Amerika und Japan sind die Standardschiffe in etwa vier Monaten gebaut worden, und einige britische Reedereien glauben, eine noch schnellere Bauzeit garantieren zu können.

### Die Ausbeutung beschlagnahmter deutscher Schiffe.

Bern, 16. Januar. Aus Lissabon meldet der Korrespondent des „Temps“: Von allen in portugiesischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffen sind nur drei noch nicht in Dienst gestellt, da ihre Ausbesserung noch nicht beendet ist. Mit den größten der beschlagnahmten deutschen Dampfer beabsichtigt die portugiesische Regierung eine Schiffslinie nach Südamerika einzurichten. Der Oberbefehlshaber der portugiesischen Kriegsslotte ersuchte den portugiesischen Präsidenten, von den befreundeten Regierungen den Umtausch derjenigen deutschen Schiffe, für welche Portugal keine Verwendung habe, gegen einige Zerstörer oder Kreuzer zu erwirken.

### Arbeitermangel und Arbeiterschwierigkeiten. Verstaatlichung gegen Streit.

London, 16. Januar. „Times“ meldet aus Ottawa, daß die kanadische Regierung, da es unmöglich war, die Arbeiterschwierigkeiten in dem Kohlenbergbau von Alberta und British-Kolumbien zu beseitigen, selbst eine Anzahl Gruben übernommen hat, um zu verhüten, daß in den Prärie-provinzen Mangel an Steinkohlen entsteht und der Betrieb der Munitionsfabriken in British-Kolumbien gefährdet wird.

### Chinesische, koreanische, indische Arbeiter für England und Rußland.

Bern, 16. Januar. Wie der „Fund“ meldet, wurden unter Mitwirkung der britischen Gesandtschaft in Peking, der „Rowojc Brestja“ zufolge, in Tschifu und Weihaiwei 30 000 chinesische Arbeiter für England angeworben. Da China die Auswanderung chinesischer Arbeiter nach Rußland untersagt, werden jetzt vom russischen Gesandten in Tokio, Arupinski, mit Japan Verhandlungen über Anwerbung koreanischer Arbeiter geführt, für Sibirien allein sollen 100 000 Koreaner angeworben werden. Eine große Schar Hindus passierte auf dem Wege nach Rußland die mandchurische Stadt Gharbin. Die Hindus sollen in Handelsunternehmungen Rußlands verwendet werden.

### Schwarze gegen Gelbe.

Bern, 16. Januar. „Petit Parisien“ meldet aus Bordeaux: In der Munitionsfabrik zu Waffens ereigneten sich in den

lehten Tagen sehr schwere Zwischenfälle. Die Schwarzen und die gelben Arbeiter teilten sich in zwei Kriegsparteien, die sich gegenseitig eine Schlacht lieferten, wobei Kruppen eingreifen mußten. Es gab Tote und Verwundete, dreißig Chinesen wurden verhaftet, ein besonderer Sicherheitsdienst wurde eingesetzt.

## Norwegische Vergeltungsmaßnahmen gegen England.

Kopenhagen, 16. Januar. Der Korrespondent von „Berlingske Tidende“ meldet aus Christiania: Die bisherigen Preisermäßigungen über norwegische Kesselfabrikate gegenüber England wegen des Kohlenausfuhrverbots sind nur Vermutungen. Wenn dagegen England am Ausfuhrverbot englischer Kohlen nach Norwegen festhalten sollte, könnte Norwegen gezwungen werden, seine Ausfuhr dorthin zu leiten, von wo es hoffen könnte, Kohlen zu erhalten, oder diejenigen Verkehrslinien stark einzuschränken, die bedeutende Kohlenmengen erfordern, darunter die Bergenbahn und die Postdampferlinie nach Newcastle, die beide für die englischen Verbindungen nach Ostern außerordentlich wichtig sind.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Admiral Dewey, dessen Name in den Anfangsjahren imperialistischer Weltpolitik zu weitem Ruf gelangte, ist wie aus Washington gemeldet wird, im Alter von 80 Jahren gestorben. Er verstarb am 1. Mai 1898 die spanische Philippinenflotte bei Cavite vor Manila. An diesen Sieg schloß sich ein Konflikt mit dem Befehlshaber des deutschen Geschwaders, der sich aus Bloladeschwierigkeiten ergab und in dem Dewey sich zu kriegerischen Vorwürfen gegen Deutschland hinreißt. Die Sache bewirkte Aufregungen in imperialistischen Kreisen hier und drüben; man ließ sie jedoch, wie sich nach Lage der Dinge empfahl, im Sande verlaufen.

Kriegsrat in London. Amlich, Lloyd George und die Mitglieder des Kriegsrates hatten Montag und Dienstag eine Reihe wichtiger Besprechungen mit General Ribelle und General Haig.

## Aufruf des polnischen Staatsrats

### Unabhängigkeit und Gleichberechtigung.

Warschau, 17. Januar. Der provisorische Staatsrat hat an die Polen einen Aufruf gerichtet, in welchem es u. a. heißt: Durch den ewig denkwürdigen Akt vom 5. November 1916 haben die Monarchen des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns die Unabhängigkeit des polnischen Reiches proklamiert und verbürgt. Die Wiederbelebung dieses Reiches, sein wirklicher Aufbau, die derzeitige Ausdehnung des in diesem Akte verkündeten unabhängigen Staatswesens auf die Ruhestand entzifferten, nach Polen anstrebenden Länder — dies ist die große weltgeschichtliche Aufgabe unserer Völker.

Das Bestreben des Staatsrats wird gerichtet sein auf eine wenn möglich baldige Vorbereitung eines gesetzgebenden Landtages sowie auf Ausarbeitung einer verfassungsmäßigen Einrichtung des Reiches, die den Bedürfnissen der Zeit entspricht und aufgebaut ist auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Bürger.

Die Schaffung einer zahlreichen, schlagfertigen und wohlgeübten polnischen Armee, die ihren unseren großen ritterlichen Traditionen den alten Ruhm des polnischen Schwertes wiedererwecken wird, ist für uns eine freundliche und dringende Notwendigkeit. Wir sind uns nämlich dessen bewußt, daß eine solche Armee die erste Bedingung für ein unabhängiges Staatswesen darstellt. Sie wird zur Erlangung der dem polnischen Reich notwendigen Grenzen beitragen und wird zur Handhabung des Ansehens dieses Reiches werden.

Da die Anordnung der allgemeinen Wehrpflicht gegenwärtig noch nicht getroffen werden kann, wird sich die Wehrorganisation auf freiwillige Werbung stützen, für die unsere heldenmütigen Legionen eigene bereits fertige Kadern bilden.

Der Staatsrat wird bemüht sein, die Lasten und Anwartschaften, die der Kriegszustand zur Folge hat, nach Möglichkeit zu mildern. Immerhin muß man die Notwendigkeit voraussetzen, noch weitere, hierfür unentbehrliche Opfer und Lasten zu tragen, damit der Krieg für Polen günstig verlaufe, und darauf müssen alle Bürger gefaßt sein. Mögen sie auch darauf vorbereitet sein, daß der Staatsrat bei seiner Tätigkeit mit vielen Schwierigkeiten wird zu kämpfen haben und daß die Früchte seiner Arbeit nicht allein von ihm abhängen werden.

Die Arbeit des Staatsrats wird um so günstigere Ergebnisse erzielen, einer je größeren Unterstützung und Mitwirkung der Nation er sich erfreuen wird. Zu dieser Mitwirkung fordern wir auf, indem wir gleichzeitig feststellen, daß wir nicht eine beliebige politische Organisation sind, die dieser oder jener Lösung dient, sondern daß wir das polnische Staatswesen vertreten und eine mit Regierungsbefugnissen ausgestattete Körperschaft bilden, die alle Staatsbürger gleich behandelt und von allen auch gleiches Gehör für sich beanspruchen wird.

## Politische Uebersicht.

### Jedes Opfer, jede Leistung, jede Entbehrung.

In heiligem Zorn über unsere Feinde, die Gerechtigkeit erhabenes Friedensangebot höhnisch zurückweisen, begeistert für einen Kampf, der alles einsetzt und Deutschlands ganze Kraft entfaltet, sind wir bereit, jedes Opfer, jede Leistung und jede Entbehrung zu übernehmen, die in einem solchen noch gesteigerten Kampfe für Deutschlands glückliche Zukunft das Vaterland von uns verlangt. (Rundgebung des Bundes der Landwirte an den Deutschen Kaiser vom 15. Januar 1917.)

Drei Meldungen vom heutigen Tage: Die sächsische Amtshauptmannschaft Löbau hat soeben eine Verfügung erlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß der Rückgang der Butterablieferung bei den Sammelstellen in keinem Verhältnis stehe zu der durch den Wegfall des Grünfutters eingetretenen Verminderung der Buttererzeugung, daß vielmehr die Landwirte entweder Butter ohne Marken an die Verbraucher abgeben oder zweifelt Butter für den Selbstbedarf zurückhalten. Um die Schuldigen zu entbeden, will die genannte Behörde eine Revision vornehmen und sich Butterartenabschnitte, Bezeichnungen über die an die Sammelstelle abgelieferte Butter und über den zulässigen Verbräuch vorlegen lassen.

Der Landrat des Kreises Marienburg muß in einer Verfügung über die Milchlieferung feststellen, daß es noch viele Landwirte gibt, die sich um die betreffenden Anordnungen wenig oder gar nicht kümmern und ohne stichhaltigen Grund sehr wenig, teilweise sogar keine Milch an eine Molkerei abliefern. Im Haushalt solcher Milchbesitzer würde viel Milch über das gesetzlich zulässige Maß verbraucht. Bei festgestellten Verstößen gegen die erlassenen Anordnungen sei der Landrat gezwungen, die Hilfe des Staatsanwalts in Anspruch zu nehmen; auch müsse er solchen Landwirten, die sich im Verbrauch von Vollmilch unüberlässig gezeigt haben, die Zentrifuge bzw. die Butterfässer verschließen lassen.

Der Landwirtschaftliche Kreisverein Strauberg hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, der Kreisverein sei der Ansicht, daß es sich recht wohl ermöglichen lasse, alle Lebensmittel für die Verbraucher zu verbilligen, indem die Gebühren, die jetzt die verschiedenen Kriegsgesellschaften, Kommissionäre, Unterkommissionäre bezögen, bedeutend herabgesetzt würden, da durch diesen Zwischenhandel die Produkte unnötig um 50—100 Proz. und noch darüber verteuert würden. Der Kreisverein lege aber entschieden dagegen Vermehrung ein, daß landwirtschaftliche Erzeugnisse seitens der Produzenten billiger geliefert werden sollen, und er bitte die Landwirtschaftskammer, an zuständiger Stelle im Sinne dieses Beschlusses vorstellig zu werden.

## Die vier Bergarbeiterverbände gegen die Herabsetzung der Kartoffelration

auf drei Pfund pro Kopf und Woche hat, wie vorauszu sehen war, auch in den Kreisen der Schwerarbeiter große Beunruhigung hervorgerufen. Trotzdem die Ration für Schwerarbeiter nicht herabgesetzt wird, sind doch die Familien derselben in Mitleidenschaft gezogen, weil je nach der Kopfstärke die meisten Familien 6 bis 8 Pfund pro Woche weniger erhalten. Sieht der Schwerarbeiter als Familienhaupt Frau und Kinder leiden, was nunmehr der Fall ist, denn die Rüben, die als Ersatz dienen sollen, bieten einen solchen nicht, weil sie bisher schon im Uebermaß gegessen werden mußten, so wird und muß er auch von der für ihn bestimmten Ration an die Familie abgeben. Mit weniger als 5 Pfund Kartoffeln ist schwer auszukommen. Der Mensch kann nicht immer Rüben essen.

Die vier Bergarbeiterverbände haben gestern an das Kriegsamt und an das Kriegsernährungsamt in Berlin eine Deputation abge sandt, in welcher sie um Beibehaltung der bisherigen Kartoffelration bitten und auf die Befürchtungen hinweisen, welche die Ankündigung der Herabsetzung dieser Ration hervorruft. Wir wollen hoffen, daß die Regierung noch einlenkt und für die Beschaffung der Kartoffeln sorgt. Wer wegen der Mitte Februar steigenden Kartoffelpreise jetzt mit der Lieferung zurückhält, mit dem muß kurzer Prozeß gemacht werden.

## Der Entwurf eines Fideikommissgesetzes.

Der Entwurf eines Fideikommissgesetzes, der dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist, lehnt sich in den Bestimmungen über Familienfideikommiss und Familienstiftungen im großen Ganzen an den Entwurf vom Jahre 1913 an, dessen Verabschiedung durch den Ausbruch des Krieges und durch die Schließung des Landtages im vorigen Jahre verhindert worden ist. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß der neue Entwurf noch einen besonderen Teil über Stammgüter enthält. Durch diese Vorschriften will die Regierung dem kleineren und mittleren Besitz zu der ihm bisher fehlenden Festbefestigung in der Familie verhelfen. Der frühere Entwurf hatte den Erlass derartiger Vorschriften der späteren Gesetzgebung vorbehalten; durch ihre Aufnahme in den neuen Entwurf wird Wünschen Rechnung getragen, die im Jahre 1913 im Landtage herorgetreten sind.

Das Familienfideikommiss, das im größten Teil des preussischen Staates schon bisher nur dem größeren Besitz offen stand, soll nach Inkrafttreten des Gesetzes ausschließlich dem Großgrundbesitz vorbehalten bleiben. Dagegen soll dem nicht fideikommissfähigen Besitz, soweit er selbständige Nahrungsmittel ist, das Stammgut zu einer entsprechenden, seinen besonderen Bedürfnissen angepaßten Besitzform verhelfen. Die Regierung stellt sich damit in den Dienst derjenigen agrarpolitischen Bestrebungen, die der Erhaltung des ländlichen Klein- und Mittelbesitzes ihre besondere Fürsorge zuwenden. Die Stammgüterstiftung soll dazu beitragen, Bauernhöfe und andere Besitzungen kleineren und mittleren Umfangs gegen Wechselfälle der Wirtschaftsführung sowie gegen die Gefahren zu schützen, die sich aus der Verkehrsfreiheit des Grund und Bodens, dem Andrang des Großkapitals und den Erweiterungsbestrebungen des Großgrundbesitzes ergeben. Nach Ansicht der Regierung liegt die volkswirtschaftliche Rechtfertigung für die Einführung der neuen Besitzform des Stammgutes darin, daß, wenn es ihr gelingt, sich einzubürgern, damit eine Aufgabe von großer und allgemeiner Bedeutung wesentlich gefördert werden wird.

Er rechnet damit, daß eine Befestigung des mittleren und kleineren Besitzes in weiten Volkskreisen verständnisvolle Zustimmung findet. Zum Beweis dafür beruft sie sich auf die Beratungen des Reichstages über die aus der Mitte des Hauses hervorgegangenen Entwürfe eines Reichs-Heimstättenengesetzes. Die Forderungen der Heimstättenbewegung, wie sie in jenen Entwürfen zum Ausdruck kamen, setzen sich zum Ziel namentlich die Zulassung der Erziehung von Heimstätten bis zur Größe eines Bauernhofes, die Einführung der Anteilbarkeit der Auerbenfolge und einer Vererbungsbeschränkung sowie die Befestigung der Zwangsversteigerung in die Heimstätte. Diese Forderungen sind im wesentlichen in dem preussischen Entwurf für den ländlichen Besitz, auf dessen Verhältnisse sich seine Regelung allein erstreckt, mit erfüllt worden.

## Die Diäten der preussischen Abgeordneten.

Die Diätenkommission des Abgeordnetenhauses hielt am Dienstagabend noch eine Sitzung ab. Die Vorlage wurde im wesentlichen nach der Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Nur in zwei Punkten wurden abweichende Bestimmungen beschlossen, und zwar wurde die schon in einer vorhergehenden Sitzung beschlossene Unterscheidung zwischen in Berlin anässigen und nicht in Berlin anässigen Abgeordneten und die Zulassung einer höheren Entschädigung an auswärtige Abgeordnete aufrechterhalten. Weiterhin wurde auch der frühere Beschluß, wonach ein Abzug nicht erfolgen soll, wenn der Abgeordnete nicht mehr als vier Tage im Monat von den Sitzungen ferngeblieben ist, aufrechterhalten. Beide Beschlüsse wurden von den Vertretern der Regierung für unannehmbar erklärt. Trotz der Beschlüsse und der abgegebenen Regierungserklärungen hofft man aber im Plenum doch noch eine Einigung zu erzielen.

## Vorläufige Ausschüsse im Sinne des Hilfsdienstgesetzes

Das Oberkommando in den Marken gibt bekannt, daß als vorläufiger Ausschuss im Sinne der Bekanntmachung betreffend Uebergangsbestimmungen zu den §§ 9 und 10 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 21. Dezember 1916 anerkannt ist: a) Für den Bezirk der Bezirkskommando I bis VI Berlin: 1. Der Kriegsaussschuß der Metallindustrie in Berlin N., Schlegelstraße 2, und zwar für alle Gewerbe mit Ausnahme der Bekleidungsindustrie. 2. Die Schlichtungskommission für Militär-Schneiderarbeiten Groß-Berlins in Berlin SW. 68, Zimmerstraße 60/61, und zwar für die Bekleidungsindustrie. b) Für den Bezirk des Bezirkskommandos Brandenburg a. O. der Kriegsaussschuß für die Brandenburger Metallindustrie in Brandenburg a. O., Hauptstraße 631, und zwar für alle Gewerbe innerhalb dieses Bezirkes.

## Ein antisemitisches Wahlmanöver.

In unserer gestrigen Nummer berichteten wir über die Aufstellung einer „Staatsarbeiter“-Kandidatur in Potsdam-Ostbaveland. Hierzu erhalten wir von der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände“, unterzeichnet von Herrn Oswald Kiedel, Syndikus des Verbandes Deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, folgende Zuschrift:

Durch die Presse geht die Nachricht, daß ein Herr Fortenbacher, Vorsitzender einer „Deutschen Staats-Handwerker- und Arbeiter-Gemeinschaft“ bei der Reichstagswahl in Potsdam-Epandau kandidieren möchte. Da hier anscheinend im Trüben gefischt werden soll, darf die Offenlichkeit darüber aufgestellt werden, daß jene „Gemeinschaft“ nur einige kleinere, völlig bedeutungslose Verbände umfaßt und zu einem antisemitischen Zeitungsverleger in allerengsten Beziehungen steht. Sie wird von den großen wirklichen Berufsvereinigungen der Staatsarbeiter als „gelb“ bekämpft und auch im amtlichen „Reichsarbeitsblatt“ zu den „Gelben“ gezählt. Die übertriebene Wehrheit der deutschen Staatsarbeiter möchte mit Herrn Fortenbacher nichts zu tun haben, sondern rückt ausdrücklich weit von ihm ab und würde seine Kandidatur entschieden bekämpfen.

Daß es sich bei der Kandidatur Fortenbachers um ein antisemitisches Wahlmanöver handelt, wird auch von der „Freisinnigen Zeitung“ bestätigt.

## Letzte Nachrichten.

### Deutsch-österreichische Ernährungskonferenz.

Wien, 17. Januar. Ministerpräsident Clemens und Minister Generalmajor Hofer reisen heute abend nach Berlin ab, wo Besprechungen über Ernährungsfragen stattfinden werden.

### Das Entente-Minimum und Griechenland.

London, 17. Januar. Auch Reuters Bureau erfährt, daß Griechenland die Forderungen der Alliierten im vollen Umfange angenommen hat. Der britische Gesandte Elliot ist auf seinen Posten zurückgekehrt.

### Frankreichs Kriegsschäden.

Bern, 17. Januar. Nach Honer Blättern ersuchte gestern in der französischen Kammer nach Wiederaufnahme der Erörterung des Gesetzesentwurfes über die Kriegsschäden der Abg. Ceccaldi in einer langen Rede die Regierung um Erklärungen über die finanziellen Mittel, die die Regierung ergreifen werde, um dem Gesetzesantrag nachzukommen. Ribot erklärte, ein allgemeines Gefühl von Solidarität müsse alle beherrschen. Dieses Gefühl, welches den Bewohnern der besetzten Gebiete zugute kommen solle, sei Notwendigkeit. Die finanzielle Frage brauche nicht einmal gestellt zu werden. Welche Summe auch zu bezahlen sei, sie müsse bezahlt werden. Aber je schneller Frankreich seine Fabriken und Bauernhöfe in den besetzten Gebieten wiederherstelle, desto schneller könne es auf Einfuhr verzichten und seine Finanzen verbessern. Ribot erklärte sodann, daß nach dem Kriege die Lasten für Frankreich ebenso groß sein würden wie während des Krieges, weshalb er sich weigere, diese Kriegsschäden zu bezahlen, indem er von der Bank Frankreichs eine neue Banknotenausgabe verlange. Es gebe aber ein Mittel, nämlich von Frankreich selbst die notwendigen Kapitalien zu leihen. Auf eine solche Aufforderung solle das Land, wie bei der letzten Kriegsanleihe, auch einmütig antworten. Die Regierung werde sich eventuell direkt an die Ersparnisse des Landes wenden. Schließlich verlangte Ribot einen provisorischen Kredit von 500 Millionen, um einige zerstörte Verftätten und Fabriken wiederherzurichten.

### Die Hilfsdienstpflicht in England.

London, 17. Januar. Die „Times“ teilt mit, daß Kenille Chamberlain dem Premierminister einen Plan für die Einführung der allgemeinen Hilfsdienstpflicht in England vorgelegt habe.

### Die Entlohnung des Landes von Arbeitskräften.

Rotterdam, 17. Januar. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der Präsident des Verbands der Arbeiter teilt mit, er habe vom Kriegsamt die Verständigung erhalten, daß es sich als nötig herausgestellt hat, die Hälfte der vom Militärdienst befreiten Männer, die in der Landwirtschaft tätig sind, aufzurufen. Es sollen Maßregeln getroffen werden, um so rasch als möglich entsprechende Erlass zu schaffen. „Daily Chronicle“ wendet sich energisch gegen diese Entlohnung des Landes von Arbeitskräften.

Das Blatt schreibt: Entweder haben wir eine ernste Lebensmittel- und Schiffsfahrtskrise oder nicht. Wenn eine solche Krise besteht, so ist der Plan, von den ohnehin schon entvölkerten Farmhöfen zwanzigtausend bis dreißigttausend Männer wegzuziehen, ein sehr unglücklich. Wenn aber keine Krise besteht, warum hat man solviel Alarm geschlagen? Warum ist dann ein Lebensmittelkontrollleur nötig gewesen? Warum essen wir dann Kriegsbrot und warum stellt Prothers selbst die Lage auf unserer Insel als die einer belagerten Stadt hin? Wenn die neue Maßregel durchgeführt wird, so wird nicht nur der organisierten Lebensmittelerzeugung ein schwerer Schlag zugefügt, sondern es wird auch die Bebauung der künftigen Felder usw. unmöglich werden. Das Blatt verlangt die Erhöhung des Dienstpflichtalters.

### Englische Wahlreform-Vorschläge.

London, 17. Januar. „Manchester Guardian“ veröffentlicht die Vorschläge der Wahlrechtskommission des Unterhauses. Danach würden die Soldaten und Seelente des aktiven Dienstes ihr Stimmrecht behalten, auch wenn sie es durch die Bestimmung über die Selbsttätigkeit verloren haben sollten. Die Wahlen würden an einem einzigen Tage durchgeführt werden. Das Pluralwahlrecht im alten Sinne würde aufgehört, aber wer in einem Distrikt wohnt und in einem anderen Distrikt arbeitet, würde in beiden stimmen können. Auch einige neue Universitäten würden besondere Vertreter erhalten. Die Frauen würden kein Stimmrecht erhalten.

### Wiedereröffnung des Panamakanals.

Amsterdam, 17. Januar. Ein Telegramm aus Panama berichtet, daß am Donnerstag kleinere Schiffe den Panamakanal passieren könnten. Am Freitag sei ein Durchgang für Schiffe von jedem Tonnage festgesetzt worden.

### Die Menschenopfer des „Tsukuba“-Brandes.

Tokio, 17. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Verluste an Menschenleben beim Brand des Schlachtreuzers „Tsukuba“ werden jetzt auf 200 geschätzt. Reste von anderen Schiffen sichten die Seelente auf, von denen viele verwundet waren. Die „Tsukuba“ ist binnen 20 Minuten gesunken. Man glaubt, daß sie in zwei Teile gebrochen ist. Da das Unglück an einem Sonntag geschah, war ungefähr die Hälfte der Besatzung an Land. Die genaue Zahl der Verunglückten ist vorläufig noch nicht bekannt. Man glaubt, daß auch der Kommandant Arima und eine Anzahl Offiziere an Land waren. Ueber die Ursache der Explosion weiß man nichts.



### Zwangweise Massenspeisung und Lebensmittelkarten.

Von Theodor Thomas-Frankfurt a. M.

In den letzten Wochen ist die Diskussion über die Einführung der zwangswise Massenspeisung nicht zur Ruhe gekommen. Aber immer wieder wurde von den Beteiligten abgewartet. Zwei große Strömungen stehen sich hier schroff gegenüber: Einmal das Interesse, das die Masse des Volkes an der Zwangsspeisung hat, mit ihr verbunden die Mängel der Lebensmittelverteilung, und auf der anderen Seite die technischen Schwierigkeiten und die Gegenströmung der Kreise, die zu Hause noch genügende Vorräte haben und in den Wirtschaften für ihr Geld noch genug bekommen, um auf die Kriegsküchen verzichten zu können.

Diese beiden Widerstände wird man zunächst nur schwer überwinden. Dagegen erscheint es mir als spielend leicht, einen anderen Vorschlag durchzuführen, der ein erster Versuch wäre, den Weg zur Zwangsspeisung vorzubereiten.

Von einem bestimmten Tage an darf in allen Wirtschaften, Hotels, Speisehäusern usw. nur ein

#### Einheitsgericht

abgegeben werden, das der Massenspeisung entspricht. Also hätten von diesem Tage an die großen Speisearten zu verschwinden und dafür dürfte nur eine einzige Speise verabreicht werden. Damit würde folgendes erreicht: Die schönen Vorräte in diesen Lokalen könnten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und für die Zukunft brauchen dort die Ansammlungen von Lebensmitteln nicht mehr zu sein. Dadurch würden mit einem Schlag viele Nahrungsmittel frei, die heute durch alle möglichen Hindernisse in diese Lokale geschmuggelt werden. Ein weiterer Vorteil würde sein, daß die für das Einheitsessen eingerichteten Betriebe auch an andere abgeben könnten, da ihre Einrichtungen einmal geschaffen sind, die Zahl der Küchen dadurch ohne technische Schwierigkeiten verzehnfacht werden könnte.

Dabei müßte eine Einteilung getroffen werden, daß minderbemittelte Kreise das Essen für 40 Pf. haben können, diejenigen, die etwa ein Einkommen von über 3000 M. haben, 80 Pf. für das gleiche Gericht zahlen und eine dritte Stufe endlich, bei einem Einkommen von über 5000 M., 1,20 M. zu zahlen hat. Dabei immer vorausgesetzt, daß die verabreichten Gerichte an Güte gleich sind, daß aber die Menge unbeschränkt ist, soweit eben die Lebensmittelkarte reicht.

Die Lebensmittelkarte wird vereinfacht. Jeder, der in der Kriegsküche, im Hotel oder Wirtschaft essen will, erhält einen gleich um den dort zu beziehenden Teil gekürzten Aufweis und eine Speisekarte, die dreißig Mittag- und dreißig Abendscheine enthält, in der die rationierten Lebensmittel einheitlich zusammengefaßt sind, so daß der Gast nur eine einzige Karte (außer Brotschein) abzugeben hat. Diese Karte umschließt, wie gesagt, seinen Anteil an Fleisch, Kartoffeln, Fett, Teigwaren, Hülsenfrüchten usw. Gegen Rückgabe dieser Karten erhalten dann die Wirtschaften ihren Anteil von der Gemeinde. Die Karten werden je nach dem Einkommen in drei Farben ausgegeben, wobei man die Lokale von vornherein frei wählen kann, wo man essen will. Die Berechnung und der Ausgleich findet in den Lebensmittelkommissionen statt, die auch den Durchschnittswert des Essens festlegen. Nämlich so: Nach festgelegten Ernährungsgrundrissen, die der Arzt, der Kaufmann und die Lebensmittelkommission bestimmen, wird der Preis geregelt, den die Wirte vergütet bekommen. Er soll beispielsweise auf 45 Pf. für Februar festgesetzt werden. In der Kriegsküche eines reinen Arbeiterviertels ergibt sich also eine reine Differenz von fünf Pfennigen, die die Stadt drauf legt, in den übrigen Wirtschaften wird ein Ueberschuß sein, da die ersten und zweiten Klassen ein Mehr gezahlt haben. Dabon werden die größeren Aufwendungen für das Lokal rübergeführt, der Rest fließt in die Stadtkasse.

Dieser Vorschlag kann sofort durchgeführt werden, da er keinerlei technische Schwierigkeiten zu überwinden hat. Damit würde man zweifellos einen außerordentlich großen Teil schlimmer Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen und unsere Lebensmittel wirklich strecken. Die guten Erfolge werden nicht ausbleiben.

Zweitens wäre unter allen Umständen die

#### Schulkinderspeisung

durchzuführen, die in ihren Schulen Mittagbrot gereicht bekommen müssen. Am besten gleich in ihren Unterrichtsräumen oder in den Turnhallen. Die Kosten dieser Speisung werden von der Stadt bestritten, das Kind hätte wiederum je nach den Einkommensverhältnissen der Eltern seinen Teil beizutragen, der 10, 25 und 40 Pf. betragen könnte. Dadurch würden mit einem Schläge Tausende von Familien entlastet und die Kinder während der Mittagspause in warmen, behaglichen Räumen untergebracht, was aber noch wichtiger ist, ihre Ernährung gesichert. Die Speisung in den Schulen ist technisch wiederum durchführbar und auf der Lebensmittelkarte der Eltern leicht zu erfassen. Auch hierdurch würden sofort größere Massen von der Speisung erlöst werden und das Ziel der allgemeinen Durchführung näher herangerückt.

Durch diese beiden Vorschläge ist meines Erachtens der erste Schritt getan, der uns zu gerechter Verteilung bringt. Hand in Hand mit ihm muß gehen, daß die Privatgeschäfte in Lebensmittel nicht mehr auf eigene Rechnung, sondern gewissermaßen nur als Vertrauensleute der Gemeindeverwaltung die Waren verteilen und kein einziger Artikel ohne Marken abgegeben werden darf. Zu diesem Zweck hört die einzelne Benennung der Artikel in der Lebensmittelkarte auf, es wird nur noch eine Karte mit Zahlenfeldern ausgegeben. Monatlich braucht eine Person z. B. die Zahl 1000 an Lebensmittelkarten, mit Zulagen für Schwerarbeiter. Eine Visite, die in allen Geschäften ausgehängt, sagt, wieviel von der Karte entwertet wird, wenn man 1 Pfund Butter, Fleisch, Kartoffeln, Reis, 1 Liter Del, Bier, Wein usw. kauft. Mit dieser neuen Einteilung kann man alles erfassen, weil nur nach Pfennigen gerechnet wird, vom Kaviar bis zur grünen Wasche. Jeder kann für seine 1000 Einheiten kaufen, was er will, wer viel Bier verbraucht, muß mit weniger Fisch oder Fleisch vorlieb nehmen, und wer

Luft hat, teure Süßchen zu essen, kann dafür auf Reis, oder Butter verzichten. Wer anwärts mittags ist, bekommt statt 1000 nur 700 Einheiten und 30 x 10 als Mittagstättchen zur Abgabe bei der Massenspeisung, wer mittags und abends in der Wirtschaft sein muß, bekommt 400 Einheiten 30 x 10 für Mittag-, 30 x 10 für Abendbrot. Der Rest ist für Milch, Seife, Butter usw., das er noch bedarf. Dieser Vorschlag müßte verbunden sein mit Kundenlisten, damit der Bedarf geregelt werden kann.

Mit diesem Vorschlag hören sofort die vielen Einzelkarten auf, verschwinden die unmöglichen Berechnungen auf diesen oder jenen Artikel, damit kann man in Kiel und Berlin, in Stralsburg und Köln sich einrichten, denn die Karten gelten für den Monat in dem die Farbe ausgegeben wird, eben überall. Es würde sofort die Extra-Verproviantierung wegfallen, da es gar nichts ohne Nummerabgabe gibt, das wäre eine Erleichterung für Käufer und Verkäufer, für Behörden und Publikum, für alle, denn auch die Rückvergütung der Händler an die Gemeinden wird wesentlich erleichtert. Die Durchführung dieser drei Vorschläge würde eine gewaltige Entspannung unseres Lebensmittelmarktes herbeiführen und eine regelrechte Verteilung garantieren.

### Die gewerkschaftliche Internationale.

Unter diesem Titel veröffentlicht Genosse August Winnig in der Parteipresse einen bemerkenswerten Aufsatz. Winnig hat jede Hoffnung auf eine Tätigkeit der sozialistischen politischen Parteien im feindlichen Ausland zugunsten des Friedens verloren. Nachdem er die bekannten Gründe dieser Enttäuschung näher ausgeführt hat, fährt er fort:

Je größer die Enttäuschung über dieses Verhalten der Sozialisten ist, umso freudiger wird man von dem Ergebnis der Beinahtslagung der französischen Gewerkschaften Kenntnis genommen haben. Wenn die durch die „Internationale Korrespondenz“ wiedergegebenen Berichte schweizerischer und französischer Zeitungen über den Verlauf dieser Tagung halbwegs zutreffen, so hat sich hier ein sichtbares Abwärtens der französischen Gewerkschaftsbundes von der Niederklämpfungspolitik der Regierung vollzogen. Die Reden, die Jouhaux und La Guerye auf der Konferenz gehalten haben, lassen den Umschwung deutlich erkennen. „Wir haben uns die Parole des Krieges bis zum Ende nie zu eigen gemacht — das Ziel der Arbeiterklasse ist ein Frieden ohne Annexionen“, sagte La Guerye. Jouhaux erklärte in der Verantwortung von Fragen, die anwesende Vertreter des schweizerischen Gewerkschaftsbundes schon vorher schriftlich festgelegt hatten, daß die französischen Gewerkschaften bereit seien, an einem von den Deutschen einberufenen internationalen Gewerkschaftskongress teilzunehmen. In der einstimmig beschlossenen Resolution fordert man einen Frieden, der die Unabhängigkeit, die Gebietsunverletzlichkeit und die politische und wirtschaftliche Freiheit der großen und kleinen Nationen sichert. Die vertretenen Organisationen verpflichteten sich, diese Idee zu unterstützen und in den Arbeitermassen zu verbreiten. Die französische Regierung soll Wilsons Note in günstigem Sinne beantworten und „ihrezeitlich die Initiative ergreifen, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen“.

Man darf an dieser Rundgebung der französischen Gewerkschaften nicht schloß vorübergehen. Sie kann der erste Anfang einer gemeinsamen Arbeit deutscher und französischer Organisationen für den Frieden werden. Die im vorigen Jahre von den skandinavischen Organisationen angeregte Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses ist damals verlagert worden, um die Vorbereitungen dafür noch gründlicher zu prüfen. Läßt die noch unvollständige Berichterstattung über den Verlauf der französischen Gewerkschaftskonferenz auch noch keinen sicheren Schluß zu, so ergibt sich aus den bisher bekannten Tatsachen doch die Wahrscheinlichkeit, daß die Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses möglich sein wird. Wenn ein solcher Kongress stattfinden, so wird er sich nach der ganzen Lage der Dinge auch mit der Frage nach rascher Herbeiführung des Friedens beschäftigen müssen. Das aber wäre ein Anfang, in dem die duldenden Völker das Frührot einer besseren Zeit begrüßen dürften. In den Erklärungen der französischen Gewerkschaftskonferenz ist die Möglichkeit einer Verständigung gegeben. Mehr als das kann man freilich noch nicht sagen.

Mit demselben Thema beschäftigt sich auch die „Dachdecker-Zeitung“. Sie schreibt:

„Man scheint uns aber auch der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo sich die Arbeiter aller Länder darauf bestimmen müssen, daß es jetzt für sie höchste Pflicht ist, tätig einzugreifen. Die französischen Gewerkschaften haben sich schon bereit erklärt, an Verhandlungen teilzunehmen. Die deutschen Gewerkschaften sollten jetzt noch einmal den Versuch wagen, eine Verständigungsgangstion vorzubereiten. Viel könnte dadurch gut gemacht werden, was beiderseitig das Vertrauen zueinander erhellt hat. Viel müßte sich aufklären und der Weg, den wir doch gemeinsam gehen müssen, schon jetzt von allen häßlichen Sperrschranken freigemacht werden.“

„Die Aufgabe der Gewerkschaften bei dem Friedenswerk wird viel größer sein, als man glaubt. Die Gewerkschaften haben sich als ein unendlich sichereres Bollwerk gezeigt, als die in allen Ländern zerbröckelte Sozialdemokratie, die durch lauter prinzipielle Streiterei fast an politischem Einfluß verloren hat. Deshalb müssen die Gewerkschaften eingreifen, vielleicht können sie die Bahn frei machen, auf der sich die internationale Arbeiterklasse wieder treffen kann.“

### Aus Industrie und Handel.

#### Allgemeines Einfuhrverbot.

Die Einfuhr aller Waren über die Grenzen des Deutschen Reiches ist durch eine neue Bundesratsverordnung verboten worden, es sei denn, daß eine Genehmigung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung (Berlin W. 10, Lützowufer 8) vorliegt. Ausnahmen werden nur für die Einfuhr von Gegenständen im Kleinen Grenzverkehr und in dem Verkehrsverkehr gemacht. Unter Verkehrsverkehr versteht man die Einfuhr von Waren, die in Deutschland zu einem höherwertigen Produkte verarbeitet und dann wieder an das Ursprungsland ausgeführt werden sollen. Ebenso ist frei die Einfuhr von Sendungen an Kriegs-

oder Zivilgefangene, von Liebesgaben und Postpaketsendungen, für die ein konsularischer Ausnahmeschein ausgestellt worden ist. Besonders bemerkenswert ist, daß Schokolade, auch wenn sie von der Periode des Reisenden selbst getragen werden, unter allen Bedingungen von der Einfuhr ausgeschlossen sind. Zu Gebrauchsgegenständen, das einführerfrei ist, gehören auch Fahrzeuge, Begehrung, Musterkarten, Proben usw. Das Einfuhrverbot ist bereits am 16. Januar in Kraft getreten. Güter, die bis zum 16. Januar im Auslande zur Beförderung angenommen wurden, gehen, sofern kein anderer Hinderungsgrund vorliegt, frei ein.

Die Ursache des tief in alle Wirtschaftsbeziehungen eingreifenden, die Handelsverträge nahe berührenden Einfuhrverbotes — Oesterreich-Ungarn ist bereits vor Wochen mit einer ähnlichen Maßregel vorgegangen — ist der Wunsch, durch eine Verminderung der Nachfrage nach und für Deutschland nicht unbedingt notwendigen Waren auch die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln zu vermeiden, ihren Preis dadurch nicht weiter in die Höhe schnellen zu lassen und einen Schutz der deutschen Währung zu verfahren. Mit der neuen Bundesratsverordnung ist Deutschland im „geschlossenen Handelsstaat“ wieder angelangt — ein Kriegsergebnis, das niemand am 1. August 1914 geahnt hat.

#### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In Berlin hat sich am Montag ein Verein Deutscher Papiergarn-Spinnereien gebildet.

Die Berliner Eis-Fabrik haben den Preis für den Berliner Eis von 1,10 M. auf 1,40 M. erhöht. Die bereits jahrelang bestehende Berliner Eiskonvention ist zu einem Syndikat ausgedehnt worden, d. h. an die Stelle der losen Preis- und Lieferungsabredehung ist ein gemeinsamer Vertrieb der Erzeugnisse eingetreten, wodurch erheblich an Selbstkosten gespart und die Gewährung von Sonderbegünstigungen unmöglich gemacht wurde.

#### Ein Kriegsdiskont.

Der Verein chemischer Fabriken in Reich kann seine Dividende von 3 auf 20 Proz. erhöhen. Gleichzeitig wird das Aktienkapital durch Ausgabe von Gratisaktien um 1 Million auf 4 Millionen Mark erhöht.

Das Unternehmen, das im Frieden Superphosphate erzeugte, hat, nachdem es eine Zirkulation 8 Proz. Dividende verteilt, verfügt, so daß das Grundkapital von 3 auf 3 Millionen herabgesetzt werden mußte. Der Kurs war Ende Juli 1914 61,50. Im Krieg ist das Unternehmen zur Herstellung von Festfäure und Glyzerin übergegangen und hat dabei so glänzende Ergebnisse erzielt, daß sich der im Steuerkursgettel ausgewiesene Preis der Aktie fast verdreifacht hat. Interessant ist, daß die Aktienmajorität im Februar 1914 von der Fabrikanten Anilin- und Soda-Fabrik auf 130 bis 150 Proz. übernommen wurde. Die Badische Anilin- und Soda-Fabrik hat das Unternehmen während des Krieges zu 250 Prozent verkauft. Da durchaus nicht gewiß ist, ob die Stickstoff- und Festfäure-Produktion auch nach dem Kriege noch so rentabel sein wird wie heute, ist die Möglichkeit, oder besser die Wahrscheinlichkeit, daß die augenblicklichen Kurse der Aktie zu mechanisch nach der Kapitalisierung der Dividende bestimmt sind und die Punktschwankungen zu wenig berücksichtigen. Jedenfalls ist sehr auffällig, daß ein Unternehmen, wie die Bad. Anilin- und Soda-Fabrik die Aktienübernahme als Spekulationsobjekt behandelt.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels teilt mit, daß die sich aus dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ergebenden Möglichkeiten einer Schließung und Zusammenlegung von Betrieben namentlich für den Handel nicht schon jetzt zu erwarten sind.

### Aus Groß-Berlin.

#### Polizeipräsident und Verkehrsnot.

Die jetzt bekannt wird, hat der Polizeipräsident von Berlin bereits am 6. Januar auf die Eingabe des Magistrats, die vom 3. Januar datiert war, geantwortet. Nach einem Hinweis auf die inzwischen bereits eingeführten Verbesserungen führt der Polizeipräsident über die Gründe der Verkehrsbeschränkung folgendes aus:

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Frage, ob durch die getroffenen Verkehrsbeschränkungen eine mehr oder weniger große Kohlenersparnis erzielt wird, nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung ist. Ich gebe unbedingt zu, daß bei einer nicht ins Gewicht fallenden Kohlenersparnis eine Verkehrsbeschränkung gegenüber dem bisherigen Straßenbahnverkehr schwerer sich rechtfertigen läßt, zumal angesichts der Tatsache, daß schon dieser Laun nach den Ansprüchen genügt. Ausschlaggebend für die Notwendigkeit einer Einschränkung des Straßenbetriebes ist jetzt (2) vielmehr der Umstand geworden, daß die Große Berliner Straßenbahn fortgesetzt durch Einziehungen zum Heeresdienst geschulte Leute verliert. Ihre Angehörigen werden daher von Tag zu Tag unzulänglicher an Zahl wie an Vorbildung, zugleich auch ihr Wagenpark und die sonstigen Betriebsmittel immer mangelhafter, weil alle Kräfte zu Ausbesserungen fehlen. Die Gesellschaft steht daher an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, wenn sie diese nicht schon überschritten hat. Sie hat mir mitgeteilt, daß sie die jetzt genehmigten Verkehrsbeschränkungen ganz unabhängig von der Frage elektrischer Kraftersparnis aus den genannten Gründen vorzunehmen geneigt gewesen sein würde, ja im Tagesverlauf voraussichtlich noch weitere Einschränkungen ins Auge fassen muß. Dem Magistrat werden die dahingehenden Mitteilungen der Großen Berliner Straßenbahn in der Presse nicht entgegen sein. Ich habe meinerseits in der Voraussicht der Unzulänglichkeiten, die für den Straßenbahnbetrieb infolge des immer stärker werdenden Erlages eingearbeiteter Männer durch ungequalifizierte und nicht so leistungsfähige weibliche Kräfte bei Notgebrungen einfließen müßten, schon seit längerer Zeit die Zurückstellung der ihr noch verbliebenen, heerespflichtigen Angestellten auf das dringlichste, aber vergeblich beauftragt. Es wird und muß dahin gestrebt werden, der Schwereitenden Herr zu werden. Vielleicht lassen sie sich schon durch die Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes besser überwinden. Ich habe geglaubt, bei dieser Gelegenheit auf diese Schwierigkeiten hinweisen zu müssen, da in erster Linie die für die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs ausschlaggebend geworden sind, und nicht mehr so sehr die Absicht, Kosten zu sparen, dabei leitend war. Die Dessenlichkeit ist sich offenbar über diese Umstände noch nicht genügend klar geworden.“

Zum Schluß bittet der Polizeipräsident, falls noch weitere Beschränkungen bestehen, ihm diese mitzuteilen.

Dieser Bescheid wirkt nicht sehr überzeugend. Nachdem die für die Verkehrsbeschränkungen als Grund angegebene Kohlenersparnis sich als so geringfügig erwiesen hat, daß man die Beschränkungen hätte im wesentlichen zurückziehen müssen, verhängt sich die „Große Berliner“ hinter die

Personalfrage. Angesichts der gewaltigen Leistungen, die in ganz Deutschland trotz unendlicher Hindernisse auf allen Gebieten vollbracht worden sind, sollte ein Unternehmen wie die Berliner Straßenbahn davon absehen, mit einer solchen Unfähigkeitserklärung vor der Öffentlichkeit zu treten. Und die Aufsichtsbehörde sollte in der energischsten Weise fordern, daß die Gesellschaft, die aus dem Berliner Verkehr reichsten Gewinn gezogen hat, nach wie vor ihre Pflicht gegenüber dem Verkehrsbedürfnis der Weltstadt erfüllt.

Und wiederum sahen sie zusammen um den grünen Tisch des Zweckverbandes und berieten über die Verkehrsmittel Berlins, und wiederum ließen sie sich abspähen mit leeren Versprechungen, vagen Versicherungen und ein paar armseligen Pfosten auf die immer weiter sich freisende Wunde. Die Linie 57 — so hat die Straßenbahndirektion den Vertretern Groß-Berlins versprochen — wird künftig ganze zwei Nachtfahrten nach Berlin, die Linie 59 wird ihre Raumschiffwagen, die nachts 12<sup>00</sup>, 1<sup>00</sup> und 1<sup>00</sup> vom Alexanderplatz abgehen, dem Publikum zur Verfügung stellen, und ähnliches soll auf den Linien 63 und 168 geschehen; auf der Linie 70 wird von der Behrenstraße ein Spätwagen um 12<sup>00</sup> abgefahren werden, die D-Linie wird eine halbe Stunde später die Beerstraße befahren, die Linien 66 und 69 werden Weitzagen erhalten und die Linie 164 soll bis 11<sup>00</sup> Uhr ab Spittelmarkt bis zur Wartenberger Straße in Hohenfischhäusern durchgeführt werden. Im übrigen werde man sowohl seitens der Straßenbahn als auch seitens des Zweckverbandes weiter fleißige Erhebungen anstellen und nicht müde werden, auf baldige bessere Zeiten zu hoffen.

### Die schlümmen Schaffnerinnen.

Die Allseitige „V. Z.“ hatte in diesen Zeiten nie er-  
lehter Rote den Mut, sechs Tage nacheinander täglich aus-  
gedehnten Erörterungen Raum zu geben, die auf nichts  
anderes als auf eine Schaffnerinnenhege hinaus-  
laufen. Den Reigen eröffnete eine Aufschrift, die sich zwar  
deutlich verwarnte, alle Schaffnerinnen für miserabel er-  
klären zu wollen; aber „manche“ gaben doch zu argen Ver-  
schwerden Anlaß. Es wird ihnen ein „mehr als robuster Ton“,  
dann ein „wahrer Kaiserhofen“ gegenüber den Fahrgästen  
nachgesagt. An tatsächlichen Material weiß der Emsender nur  
einen Fall mitzuteilen. Eine „Dame, die mehrere kleine  
Kinder bei sich hatte und eine Anzahl Pakete  
trug“, bei deren Hinausbeförderung die Schaffnerin „wohl  
oder übel“ helfen mußte, entfernte sich dankend. Darauf soll  
die Schaffnerin ihr die lautgesprochene Bemerkung nach-  
geschickt haben: „Sechs Kinder, ein Dutzend Pakete und nicht  
mal ein Trinkgeld!“ Daß die Schaffnerin das etwa der  
Frau nachgerufen habe, wird nicht behauptet; sie scheint es  
zu den Zurückbleibenden gesagt zu haben. Auch das wäre  
natürlich nicht zu billigen. Die Straßenbahn soll auf Grund  
ihrer großen Einnahmen ihre Angestellten so bezahlen, daß sie  
auf Trinkgeld nicht angewiesen sind. Das tut sie indes nicht,  
und das ist ein Hauptgrund der anlässlich der gegenwärtigen  
skandalösen Verkehrsstörungen Personalverschärfung.

Den Mut, die Schaffnerin auf das Unschöne ihrer  
Bemerkung aufmerksam zu machen, hatte der Beobachter nicht;  
wohl aber hielt er den kleinen Vorgang in diesen Zeitaltern  
für wichtig genug, ihn der „V. Z.“ zu unterbreiten, und diese  
beeilte sich, den Sermon drucken zu lassen und dann hinterher  
jeden Tag mehr als eine halbe Spalte dem gleichen Gegen-  
stand zu widmen.

Am zweiten Tage folgte der Vorschlag, den Schaffnerinnen  
— das Trinkgeld zu entziehen, „bis Abhilfe eingetreten  
ist“, worauf eine Schaffnerin dem Emsender tags darauf  
empfohl, sich selbst einmal für 35 Pf. die Stunde auf die  
Straßenbahn zu stellen und sich all das vom Publikum  
sagen zu lassen, was wir uns täglich bieten lassen  
müssen.“ Hinterher stand dann die Einsetzung eines Arztes,  
der behauptete: „Der großen Masse (S) der Schaffner-  
innen fehlen Disziplin und Verständnis für die Verantwort-  
lichkeit ihrer Tätigkeit.“

Kein Zweifel, daß unter den Schaffnerinnen sich auch un-  
geeignete Personen befinden, vermutlich im gleichen Prozent-  
verhältnis, wie unter den Beamten aller Kategorien, wie unter  
den Arbeitern und Handwerkern, Richtern und Ärzten.  
Der Emsender der „V. Z.“, der sich so ereifert und so groß-  
artig überdreht, ist sicher kein guter Arzt. In allen Berufen ist  
naturgemäß stets ein Teil untüchtiger Elemente. Daß indes  
die Schaffnerinnen weniger höflich seien als ihre männlichen  
Vorgänger, das haben wir trotz regelmäßiger Benutzung der  
Straßenbahnen nirgends beobachten können. Und wenn sie  
es wären; auch die Höflichkeit muß erlernt werden. Mancher  
lernt sie nie, mancher noch viel später! Warum von der  
einzelnen Schaffnerin mehr verlangen, als man selber in der  
gleichen Lage zu bieten vermöchte; denn ein beträchtlicher  
Teil des fahrenden Publikums bestimmt sich geradezu typisch,  
manchmal auch fleischhaft. Häufig möchte man fast wünschen,  
daß die Schaffnerinnen dieser Gattung gegenüber etwas von  
dem Ton anwenden möchten, den man ihnen zu Unrecht  
nachsagt.

Der Mangel an Höflichkeit ist oft nur ein Zeichen der  
Unpäßlichkeit, der Veräppelung, der Ermüdung, des Hungers,  
manchmal aller dieser Uebel zusammen. Und gerade bei unseren  
Schaffnerinnen begegnen wir oft ermüdeten, schlecht ernährten  
und unter Familienkummer leidenden Frauen: Kriegsfrauen,  
Kriegervitwen, Kriegserbräuten!

Als die ersten Schaffnerinnen auslachten, hörte man  
bald nur Stimmen der Anerkennung und der Bewunderung  
wegen ihrer Tüchtigkeit und wegen der Schnelligkeit ihres  
Einarbeitens. Der Philister kennt eben nicht die im Weibe  
genau so wie im Manne schlummernden Fähigkeiten, die nur  
auf die Möglichkeit warten, sich betätigen und bewähren zu  
können. Genau so würde sich der Philister wundern, wenn  
man gegen seinen supiden Widerspruch den Frauen Gelegen-  
heit gäbe, sich überall im öffentlichen und politischen Leben  
mit gleichen Rechten zu betätigen. Spießbürgerlicher Ver-  
schämtheit entstammte die damalige Bewunderung der  
Schaffnerinnen, und gleichen Ursprungs sind die jetzt modern  
gewordenen abspöckenden Urteile über diese wackeren und  
wahrhaftig nicht zu beneidenden Frauen.

### Neue Wege der Berliner Fürsorgeerziehung.

Im „Verein für Frauen und Mädchen der Ar-  
beiterklasse“ sprach Stadtrat Sassenbach, der jetzt Vor-  
sitzender der Berliner Fürsorgeverwaltung ist, über Fürsorgeerziehung.  
Er begann mit einer Ehrenrettung des Fürsorgeerziehungs-  
gesetzes, das im Sinne des Fürsorgeerziehungsgesetzes nicht als Verbrecher, sondern  
als Schützling anzusehen und zu behandeln sei. Die Um-  
gestaltung des Berliner Fürsorgeerziehungswesens, die wir  
in den letzten Jahren sich anbahnen sahen, ist von  
solchen Gesichtspunkten ausgegangen. In seinem Vortrag  
legte Genosse Sassenbach die zur Geltung gelangten Er-

ziehungsgesetze dar, indem er besonders von dem für  
schulentlassene Jungen bestimmten Berliner Erziehungsheim zu  
Lichtenberg ein Bild entwarf. Wir haben über diese Anstalt und  
ihren jetzigen Zustand, der sich von dem früheren in sehr er-  
heblicher Weise unterscheidet, erst kürzlich („Vorwärts“, 1917, Nr. 4)  
eine eingehende Schilderung veröffentlicht, auf die wir verweisen.  
Für Unterbringung von Fürsorgeerziehlingen hat die Stadt Berlin für  
Jungen außer dem großen Erziehungsheim Lichtenberg nur noch das  
kleine Erziehungsheim Birlikoh, das nächsten durch die neue  
Anstalt Straußhof ersetzt wird, und für Mädchen nur das  
Erziehungsheim Kleinbeeren, so daß sehr viele Böglinge in privaten  
Anstalten untergebracht werden müssen.

Daneben wird in großem Umfange die Familienpflege  
benutzt, die der Berliner Fürsorgeverwaltung sogar als bevorzugungs-  
würdig gilt. Darüber, ob für einen Bögling die Anstalts- oder  
die Familienpflege zu wählen ist, wird erst entschieden nach Beob-  
achtung in einer der sogenannten Verteilungsstationen. Je eine ist  
dem Waisenhaus Berlin und dem Erziehungsheim Lichtenberg an-  
gegliedert; eine neue soll in der Nähe der Lichtenberger Anstalt  
gebaut werden. Diese Einrichtung, die eine individuelle  
Behandlung des Bögling ermöglicht und auch dem Arzt  
einen weitgehenden Einfluß sichert, gehört mit zu den wichtigsten  
Neuerungen des Berliner Fürsorgeerziehungswesens. Sassenbach  
Schilderung der einseitigen Erziehungsarbeit, die jetzt in der An-  
stalt Lichtenberg geleistet wird, seine Ausführungen über den freieren  
Geist, der dort seinen Einzug gehalten hat, mühen die Frage nahe  
legen, ob die Familienpflege hiermit erfolgreich in Wettbewerb zu  
treten vermag.

In der Besprechung, die dem anregenden Vortrage folgte, wurde  
denn auch stark betont, daß Familienpflege, von Ausnahmen ab-  
gesehen, etwas gleich Gutes bieten kann. Hervorgehoben wurde,  
daß die Beaufsichtigung der Pflegeeltern, in denen Fürsorgeerziehlinge  
untergebracht sind, immer unzulänglich sein wird. Frau Bobm-  
schuch, Frau Stoll, Frau Dr. Roeder und Frau Dr. Weh-  
l äußerten sich übereinstimmend dahin, daß eine weitere Aus-  
dehnung der Anstaltspflege in der Fürsorgeerziehung zu  
wünschen ist.

### Die Frauen in der städtischen Verwaltung.

Die Fraktionen im Berliner Rathaus haben sich am Dienstag-  
abend mit dem Antrage auf Zulassung von Frauen in städtische  
Verwaltungsdeputationen beschäftigt und den Vorschlag des vor-  
beratenden Ausschusses erörtert, der dahin geht, den Magistrat zu  
erlauben, baldmöglichst eine Vorlesung zu machen, durch welche die Zulassung  
von Frauen in alle auf Grund des § 19 der Städteordnung ein-  
gesetzten Deputationen als stimmberechtigter Mitglieder durch statu-  
tarische Anordnung bestimmt werden kann. — Der Magistrat  
nimmt eine ablehnende Stellung ein, die sich auf die  
Rechtslage stützt.

Wenn die „Rechtslage“ der Durchführung einer als durchaus  
notwendig erkannten Maßnahme im Wege stehen sollte, so wird  
eben die Rechtslage geändert werden müssen. Das dürfte gerade in  
der gegenwärtigen Zeit, die schon so manche Rechtslagen umgehrt  
hat, bei einigem guten Willen keine besonderen Schwierigkeiten  
machen.

### Der Fehlbetrag der Stadt Berlin

Im Jahre 1914/15 in Höhe von 5 126 790 M. soll nach dem soeben  
veröffentlichten Verwaltungsbericht des Berliner Magistrats aus der  
seiner Zeit von der Großen Berliner Straßenbahn gezahlten Ab-  
findungssumme gedeckt werden, von der noch 10 Millionen Mark  
zur Verfügung stehen. Entstanden ist dieser Fehlbetrag natürlich  
unter dem ungünstigen Einfluß der Kriegszeit. 1913 hatte noch einen  
Ueberschuß von 1,2 Millionen Mark gebracht. Die größten Kinder-  
beiträge gegenüber dem Vorschlag brachte: die Kammerverwal-  
tung mit 1,5 Millionen Mark, die Gaswerke mit 5,6 Millionen,  
die Gemeindeeinkommensteuer mit 1,3 Millionen, die Grundsteuer  
mit 300 000 M., die Umsatzsteuer mit 1 130 000 M., die Wertsteuer-  
steuer mit 1 145 000 M. und die Kinematographensteuer mit 500 000 M.  
Dazu kam, daß mehrere Verwaltungen einen Mehrbedarf er-  
forderten, unter anderem das Armenwesen mit 680 100 M.  
Einen Mehrertrag erbrachten die Viehmarkterwaltung infolge  
des gesteigerten Viehaustritts mit 1 Million und verschiedene  
Verwaltungen mit 630 307 M. Ersparrnisse wurden gemacht  
oder es erforderten infolge höherer Einnahmen geringere Zu-  
schüsse: die Schuldenverwaltung mit 445 355 M., die Krankenhaus-  
verwaltung und Gesundheitspflege mit 1,8 Millionen Mark, die Be-  
leuchtungs-, Straßenreinigung und Parkverwaltung mit 1,2 Millionen  
Mark und die Kapital- und Schuldenverwaltung mit 8,5 Millionen  
Mark. — Die Gesamtschuld der Stadt Berlin erhöhte sich von  
502 auf 568 Millionen Mark. Im Jahre 1914 konnten 17,1 Millionen  
getilgt werden, so daß noch eine Gesamtschuld von 540,9 Millionen  
Mark verblieb.

Das Märkische Museum ist auch im Geschäftsjahr 1915 befreit  
gewesen, die Ausstellung der Gegenstände zu vervollkommen und  
zu bereichern. Die keramische Abteilung konnte erheblich erweitert  
werden und bietet nun ein reiches Bild von der Entwicklung der  
märkischen Keramik und des Berliner Porzellans.  
— Als die hervorragenden neuen Stücke der anderen Abteilungen  
sind angeführt: zwei Kommoden aus dem achtzehnten Jahr-  
hundert, zwei Standuhren aus dem Beginn des neunzehnten,  
eine in Berlin bei Erdarbeiten gefundene Zinnanne aus dem  
fünfzehnten Jahrhundert, ein historischer Kronenkrone von 1605,  
ein Gemälde von Eduard Gaertner, das den Varrakaden-  
kampf am Köpenicker Platz in der Nacht vom  
18./19. März 1848 darstellt, und eine große Anzahl Aquatelle  
von Wilhelm Strödel, die durchweg maßliche oder ber-  
linische Motive behandeln. — Die Benutzung des Museums war  
lebhafter als in dem vergangenen Jahr, der Besuch befriedigend.

Die Berliner Stadtbibliothek hat im zweiten Kriegsjahr  
159 763 Bände verloren, der Verlust ist von 71 581 Personen be-  
schaffen worden. 44 108 Bände der Stadtbibliothek wurden eingesehen,  
d. h. im Durchschnitt ist jeder Band einmal benutzt worden. Ein  
wertvolles Vermächtnis ist der Bibliothek durch Verwendung des  
fünften Teils der Vätererbschaft des verstorbenen Dr. phil. Freund  
zuteil geworden. Der Bücherbestand wuchs im letzten Jahre von  
180 229 auf 148 244 Bände. Die Volksbibliotheken haben  
1 593 211 Bände geliehen, d. h. 85 000 Bände mehr als im ersten  
Kriegsjahr. Die vier städtischen Kinder-Lesehallen wurden  
von 121 817 Kindern besucht.

Sieben- oder Ahtstündtag der Freizeiter? Heute, abends 9 Uhr,  
findet in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97, eine  
Versammlung für alle Prinzipale und Gehilfen  
statt, um die Forderung auf Gleichstellung der Freizeitergeschäfte mit  
den Lebensmittel- und Zeitungsgeschäften bezüglich des Laden-  
schlusses zu verfechten. Referent ist Reichstagsabgeordneter Robert  
Schmidt, Einberufer der Freizeitergehilfenverband.

### Ehrenamtliche Betätigung von Frauen im Hilfsdienst.

Nach einer amtlichen Auslosung sollen Bewerbkandidatinnen von Frauen  
im ehrenamtlichen Arbeit bis auf weiteres an die schon bestehenden  
Fürsorge- und Wohlfahrtsvereinigungen gestellt werden. Die Zen-  
trale für private Fürsorge, Berlin W 35, Flottwell-  
straße 4, bittet aus diesem Grunde um Meldung sozial gesinnter  
Personlichkeiten, die sich ihr für ihre in engem Zusammenhang mit  
amtlichen Stellen ausgeübte Tätigkeit auf dem Gebiete der Kriegs-  
wohlfahrtspflege, insbesondere Kriegsbeschädigten- und Kriegshinter-  
bliebenenfürsorge zur Verfügung zu stellen bereit sind.

Sendungen an Gefangene im Distrikt Kingston (Kanada). Das  
amerikanische Konsulat in Kingston hat vor einiger Zeit gebeten,  
auf allen Paketen, die unter seiner Adresse an deutsche Gefangene  
in diesem Distrikt gerichtet werden — insbesondere kommt das Post-  
bureau in Frage — auf der Umhüllung den genauen  
Inhalt anzugeben. Dadurch wird die dem Konsulat ob-

liegende Durchsicht der Pakete erleichtert und ihre schnellere  
Beförderung ermöglicht.

Auch ein „Hautwart“. Für etwa 10 000 M. Stoffe waren in  
der Kommandantenstraße gestohlen worden. Zur allgemeinen Ueber-  
zeugung wurde als Täter der Hauswart Hermann Schmidt entlarvt,  
der sich Dienstag wegen schmerzlichen Diebstahls in zwei Fällen vor der  
dritten Strafkammer des Landgerichts I verantworten mußte.  
Neben ihm war der Händler Erik Holz wegen Gehelei ange-  
klagt. Der Hauswart hatte sich heimlich von den Geschäftsräu-  
men der Firma einen Schlüssel zurückgehalten und war damit  
dort zweimal eingedrungen um erhebliche Mengen, insbesondere  
Saum, zu stehlen. Die Leibesrente wanderte folglich an den Mi-  
tangeklagten, von wo aus sie dann ihren Weg durch eine ganze Kette  
von Hehlern nahm und zu Gelde gemacht wurde. Der Gerichtshof  
verurteilte den ersten Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis  
und reduzierte ihm sechs Monate auf die Unterbringungshaft an-  
Bogen den Fehler erkannte er auf sechs Monate Gefängnis.

Kein Eispart auf dem Teltowkanal! Die Direktion des  
Teltowkanals erläßt eine Bekanntmachung, in der sie dringend vor  
dem Betreten der Eisfläche des Teltowkanals, des Prinz-Friedrich-  
Leopold-Kanals, des Zweigkanals Brigg-Obersee und der dazu  
gehörigen Seen warnt. Es soll in diesem Jahre versucht werden,  
die Eisfläche auf den gesamten Wasserläufen so lange wie irgend  
möglich aufrecht zu erhalten, zu welchem Zwecke die Eisdecke immer  
wieder aufgerissen werden wird. Infolgedessen treten beim Nach-  
fahren dünne Stellen auf, die als solche nicht kenntlich sind und  
eine große Gefahr für die Schiffschiffahrer bieten.

Ueber „Zeit- und Streitfragen der modernen Geschmacks-  
kultur“ beginnt Dr. Egon Wiener einen Lichtbilderkursus an der  
Humboldt-Akademie, Dorotheenstraße 12, Donnerstag, 23. Januar,  
9-10 Uhr.

Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater findet morgen Freitag, die  
50. Aufführung der Gesangsposse „Der doppelte Buchhalter“ statt.  
Jeder Besucher dieser Vorstellung erhält zur Erinnerung ein Exemplar  
des Gesangsregisches.

Falsche Ein- und Zweimarkstücke befinden sich augenblicklich  
wieder stark im Umlauf. Es handelt sich um wohlgeklungene  
Fälschungen, die sich als solche fast gar nicht erkennen lassen. Die  
Hauptverwalter der Darlehnskassen haben für die Ermittlung der  
Versteher und wissenschaftlichen Versteher je eine Vernehmung bis zu  
1000 M. ausgesetzt. In welchem Umfang diese Fälschungen zu-  
fälligen, geht daraus hervor, daß sich auch unter den Geldsendungen  
der Truppenkassen an die Reichshauptbankstelle vielfach falsche Scheine  
befanden. Falschstücke unterliegen der Einziehung, eine Erfassung  
dafür ist ausgeschlossen.

Ein tödlicher Eisenbahnunfall hat sich Dienstag auf der Ziegel-  
Kreuzmücker Straße ereignet. An dem Bahnhofsübergang an der Müller-  
straße wurde der 65-jährige Reinhold Schabel aus der  
Schulstraße in Krammen von der Maschine eines Zuges erfasst und  
überfahren. Er war auf der Straße tot.

Etwa 6000 M. Herrenanzüge in der Halber-  
straße, für 2000 M. Betten, Wäsche, Seidenwaren, Schürzen usw. in  
der Goltzowstraße, für 1200 M. Dreibrücken am Luisenpark, für  
3000 M. Stoffe in der verlängerten Hedemannstraße und eine große  
Menge Taschenuhren, Pistolen, Patronen u. dergl. in der Kottbuser-  
Allee.

## Aus den Gemeinden.

### Gemeindevertreterwahl in Ziegel.

In der letzten Sitzung wurde zunächst Herr Engelle in sein  
Amt als Gemeindevorsteher eingesetzt. — Zur Gemeindevertretung  
wird dadurch eine Ergänzung nötig, ebenso auch noch durch den  
Wahlkreiswechsel des Genossen Radung seit Beginn des Krieges  
im Felde. Auf Anregung der sozialdemokratischen Vertreter wurde  
der Wahltermin bis Anfang März hinausgeschoben. Die  
Wahlkreise liegen bereits seit 15. Januar im Amts-  
hause, Wettstraße, zur Einsicht aus. — Weiter wurde  
der Vertretung die Notwendigkeit einer früheren Pflanzzeit  
der Straßenbeleuchtung dargelegt, die sich aus den miß-  
lichen Verhältnissen des Gemeindegevierts ergebe. Die Vertretung  
stimmt dem zu. — In der Schöneberger Straße von der Zeit bis Egels-  
straße will die Firma Vortig auf eigene Kosten eine Neupflanzung  
mit Eichen und Pappeln vornehmen lassen. Diesen Antrag stimmt  
die Vertretung zu, wie auch einem ferneren Vorschlag der Vertretung  
auf Errichtung eines Motorbusses an Ziegelsee neben dem alten  
Kran der ehemaligen Germaniawerke, die von Vortig jetzt gleichfalls  
in Benutzung genommen worden sind. — Wegen Rangelos an ein-  
gearbeiteten und zuverlässigem Bureaupersonal ist für das Geschw-  
eine Schreib-Rechenmaschine, wie sie sich bei anderen Gemeinden  
sehr bewährt habe, angeschafft worden; den Kosten von etwa 3000 M.  
stimmt die Vertretung zu. — Die Verlegung Ziegels mit Militär ist  
bereits erfolgt; wie der Bürgermeister ausführte, wird der Vertrag mit der  
Militärverwaltung erst später der Vertretung vorgelegt werden.  
Schließlich wurde der Vertretung noch Kenntnis gegeben von den  
Verhandlungen mit den Gemeindearbeitern, wonach für Arbeit an  
Sonn- und gesetzlichen Feiertagen neben dem üblichen Tagelohn  
noch ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt werden soll, wie  
auch für Arbeit an arbeitsplanmäßigen Feiertagen eine besondere  
Entlohnung erfolgt. Hierbei soll nach Möglichkeit eine Abwechslung  
im Personal stattfinden. Die Regelung der Krankengeldzuschüsse  
bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten.

Speisenkarte für Schwerarbeiter in Schöneberg. An Schwer-  
arbeiter werden in Schöneberg mit den nächsten Brotzusatzarten  
Bezugskarte für Speisekarte abgegeben. Die auf jeden Schein  
entsprechende Menge, Verkaufszeit und Verkaufsstellen werden bekannt  
gegeben, sobald die Ware eingetroffen ist.

Lebensversicherung in Wilmersdorf. Um der armen Legen der  
minderbemittelten Bevölkerung beizuhelfen — zu letzterer gehören  
auch schon die kinderreichen Familien, denen das Bezahlen von  
Sohlenleder zu den hohen Preisen fast zur Unmöglichkeit wird —,  
ist auch in Wilmersdorf eine Stelle für Lebensversicherung  
eingesetzt, bei der Bezugskarte auf Sohlenleder beantragt werden  
können. Das Bureau befindet sich im Zimmer Nr. 4 des Rathauses.  
Auf behördliche Anordnung wird verlangt, daß jeder Antragsteller  
sich einer Prüfung auf seine Bedürftigkeit durch einen Ehrenbeamten  
(Bezugsbesitzer u. dgl.) unterzieht. Nach Lage der Verhältnisse  
können ihm dann Sohlen zu wesentlich herabgesetzten Preisen bezw.  
auch ganz umsonst geliefert werden. Das geschieht durch Ver-  
mittlung der hiesigen Schuhmacher-Zunft, der es zur Pflicht  
gemacht ist, zur Streckung der Lederbestände alle Sohlen mit Metall-  
schienen oder Nägeln zu beschlagen.

Lebensmittelnachrichten aus Wilmersdorf. Vom Donnerstag,  
den 18. Januar d. J., kommt auf die Riffer 10 der Haushaltung,  
larte je ein halbes Pfund Graupen oder Grütze zum Verkauf.  
Der Preis für ein halbes Pfund beträgt 15 Pf.

Die neuen Fleisch-Zusatzarten für Kranke und  
Rekonvaleszenten werden vom Statistischen Amt, Gasseiner  
Straße 11, 2. Stock, Zimmer 14, bis Freitag, den 19. Januar,  
zwischen 9-2 und 5-7 Uhr, nach besonderer Ordnung ausgedruckt.  
Derer Beachtung ist geboten, da sonst die Abfertigung eben erst  
nach dem 19. Januar geschieht. — Brotlasten, Seifen-  
lasten und städtische Bezugskarte erhalten die Wil-  
mersdorfer Bürger erst in der folgenden Woche.

Verichtigung. Die Ankunftsliste im Schöneberger Rathaus  
erhielt vom 18. Januar ab auch mündlich im Zimmer 261 und nicht  
— wie verheißentlich zuerst bekannt gegeben worden — nur am  
Kernprophet Auskunft, in welchen Geschäften noch auf Abschnitt  
Nr. 49 der Lebensmittelliste Marmelade, Kunsthonig oder Speise-  
sirup bezogen werden kann.

Der Schrecken des Weltkriegs war ein Einbrecher, der gestern nachmittags endlich unschuldig gemacht wurde. In der Bon-ders-Schicht- und Schillstraße und anderen Strahlenzügen dieses Viertels wurden in der letzten Zeit viele Wohnungsbrüche verübt. Die Einbrecher schlossen zur Nachtzeit mit Dietrichen die Türen auf und leerten besonders die Silberkassette. Die Nachforschungen nach den Tätern blieben bisher erfolglos. Gestern nachmittags wurde einer von ihnen auf frischer Tat ertappt, als er, weil ihm auf Klappen nicht geantwortet wurde, roich in eine Wohnung auf Charlottenburger Gebiet eindrang. Der Erkennungsdienst der Kriminal-polizei erkannte in dem Gestappten einen 28 Jahre alten Mechaniker Schuchardt, der auch früher schon im Gefängnis „arbeitete“. Schuchardt erhielt nach wiederholten Vorstrafen zuletzt 1 1/2 Jahre Zuchthaus, die er in einer Strafanstalt im Gasteinischen verbrachte. Zu Weis-nachten gelang es ihm, dort zu entfliehen. Seine Strafzeit dauerte noch bis 1919. Der Verbrecher wandte sich sofort wieder nach Berlin, wo er früher Helfershelfer gehabt hatte. Jetzt ging er allein auf den Einbruch aus.

## Soziales.

### Gilddienst und Unfallchik.

Das Reichsversicherungsamt hat an die Vorstände der ihm unterstellten gewerblichen Berufsgenossenschaften einen Mandatbrief gerichtet, der die Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Personen und von Kriegsbeschädigten betrifft. Es geht von der Annahme aus, daß bei Durchführung des Gilddienstgesetzes die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Personen in gewerblichen Betrieben eine weitere Steigerung erfahren wird und die Verdienste auch dazu zwingen werden, diese Personen in größerem Umfang an Betriebsleistungen und mit Arbeits-tätigkeiten zu beschäftigen, von welchen sie nach den berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften bisher ausgeschlossen waren. Dadurch entsteht ein Zielwiderspruch zwischen den Anforderungen der Unfallversicherung und der Notwendigkeit, die vorhandenen Arbeitskräfte, auch die weiblichen und jugendlichen Personen, vollständig in den Dienst des Volkes zu stellen. Das Reichs-versicherungsamt meint, daß weibliche und jugendliche Personen zu ihnen bisher unzugänglichen Arbeiten mit Zustimmung des Vorstandes der Berufsgenossenschaft zugelassen werden können, wenn die Betriebsunternehmer ihre Gesuche an den Vorstand durch den Nachweis zeigen, daß die Aufrechterhaltung des Betriebes in dem nor-malen Umfang bei dem Mangel an männlichen Arbeitern die Einstellung weiblicher und jugendlicher Arbeiter unabwendbar macht. Voraussetzungen der Genehmigung sollen ferner sein, daß durch geeignete Auswahl der Arbeiterinnen zu-gewinnung der Tätigkeit, durch Verwendung besonderer unfallicherer Arbeitsleistung bei weiblichen Personen, durch umfassende An-gehaltung der Betriebsunternehmungen mit Schutzvorrichtungen und gewissenhafte Unter-weisung in der Benutzung der Maschinen dem Ar-beitersichere Rechnung getragen wird. Die Be-dienung besonders gefährlicher Maschinen und Apparate wird auszuscheiden sein, da bei ge-eigneter Arbeitsteilung den weiblichen und jugendlichen Arbeitern regelmäßig weniger ge-fährliche Arbeit zugewiesen werden kann.

Da zu erwarten ist, daß zur Durchführung der Arbeitstherapie und zur Wiederaufnahme der Berufsarbeit auch eine wachsende Zahl von Kriegsbeschädigten in den Betrieben beschäftigt werden wird, wird auch hier eine wohlwollende Auslegung der Unfallverhütungs-vorschriften empfohlen, insoweit sie unter gewissen Voraussetzungen eine Beschäftigung von Personen, die mit Gebrechen behaftet sind, bei für sie besonders gefährlichen Arbeiten ausstehen. Die Ge-fährdung habe jedoch, daß körperlich beschädigte Arbeiter an ge-eigneter Stelle unter Beachtung gebührender Vorkehrungsmaßnahmen ohne besondere eigene und der Mitarbeiters Gefährdung in den Betrieben verwendet werden können. Es gelte im vaterländischen Interesse, auch die den Kriegsbeschädigten verbleibende Arbeitskraft nach Mög-lichkeit zu verwerthen.

Wenn die Unfallverhütungsvorschriften keine ausdrückliche Hand-habe zur Erteilung der Genehmigung in den vorgedachten Fällen bieten, so ist das Reichsversicherungsamt in einzelnen Fällen bereit, eine besondere Ermächtigung hierzu für die Dauer des Krieges oder bis zu einer entsprechenden Abänderung der Unfallverhütungsvor-schriften zu erteilen.

Sollte sich trotz sorgfältiger Beachtung der Un-fallverhütungsvorschriften und der vorstehenden Vor-sichtsmahregeln ein Unfall bei den vom Vorstand zu-gelassenen Arbeitsleistungen weiblicher, jugendlicher oder Kriegs-beschädigter Personen ereignen, so würde dieselbigen Graden eine Befreiung oder Haftbefreiung des beteiligten Unternehmers nicht mehr in Frage kommen können. In gleicher Weise wäre zu ver-fahren, wenn ein Unternehmer in dringenden Fällen auf eigene Ge-fahr Personen der vorgedachten Art beschäftigt und sich, obgleich er erweislich alle Vor-sichtsmahregeln getroffen hatte, gleichwohl ein Unfall ereignete.

Als Kriegsmahnahme wird gegen diesen Erfolg kaum etwas einzusetzen sein, wenn die in den von uns gepostet ge-wordenen Sägen enthaltenen Anweisungen peinlich genau befolgt und genügend überwacht werden. Leider ist es zurzeit mit dieser Aufsicht der technischen Aufsichtsbeamten der Versicherungs-träger und der Gewerbeinspektoren nicht so, wie es sein müßte. Deshalb wollen wir hier ganz besonders die Forderung erheben, diesen Jüngling des Arbeiterkampfes in vollem Maße wieder aufleben lassen. Dem Vaterlande kann keine größere Hilfe und kein wertvollere Dienst erwiesen werden, als daß jede einzelne Arbeitskraft in weit-gehendstem Maße geschützt wird.

### Im Tod beim Voden Kriegsdienstbeschädigung?

Der Wehrmann A. war am 1. April 1915 beim Voden in einem Fluß in Frankreich ertrunken. Die von der Witwe geltend gemachten Entschädigungsansprüche wurden, zuletzt durch die stellvertretende Intendantur des Gardekorps in Berlin, abgelehnt, weil nach dem Gutachten des Gardekorpsarztes keine Kriegsdienst-beschädigung vorliege. Daraufhin wurde die Versorgungsabteilung des kgl. Kriegsministeriums angerufen und dabei geltend gemacht, daß bekannt sei, daß die im Felde befindlichen Mannschaften sehr darunter zu leiden hätten, daß sie ihr Bedürfnis nach Reinlichkeit nicht in dem gewöhnlichen Maße befriedigen könnten. Das gelte sowohl von den Mannschaften, die sich auf Marschen befinden, als auch von denen, die in Schützengraben liegen. Beide hätten unter der Beschmutzung des Körpers zu leiden, wozu noch die Beschäftigung durch Ungeziefer komme. Unter diesen Umständen sei erklärlich und geradezu selbstverständlich, daß die Soldaten, die in die Nähe von Flüssen kämen, dem Hebel durch Baden um abzuhelfen suchten. Sicher sei es auch im vorliegenden Falle so gewesen, denn am 1. April pflege im allgemeinen weder die Temperatur der Luft noch des Wassers so zu sein, daß sie zum Baden an-gereizt hätten. Es müsse angenommen werden, der Ertrunkene sei, als er trocknen ein Bad genommen habe, einem unwillkür-lichen inneren und äußeren Zwange gefolgt, der mit dem Kriegs-dienst direkt zusammenhänge und dem er sich nicht habe entziehen können. Es wurde dabei zugleich hingewiesen auf die Recht-sprechung des Reichsversicherungsamts, das in ähnlich liegenden Fällen stets annehme, daß ein Betriebsunfall vorliege, da das Bedürfnis zur solchen Reinigung eines bei der Arbeit beschmutzten Körpers etwas Selbstverständliches sei. Das Kriegsministerium hat daraufhin anerkannt, daß die Kriegsversorgungsbehörden zu ge-mächerten seien und hat für die Witwe und ihre drei Kinder eine Jahresrente von zusammen 604 M. im Jahre festgesetzt. (2)

## Russische Gefangenenbehandlung.

Der Leutnant zur See Killinger, welcher als Marine-Offizier im Osten tätig war, wurde im April 1915 bei einem Auf-märchungsflug zusammen mit dem Oberleutnant von Gorrissen von den Russen abgegriffen und stürzte mit der Maschine ins Wasser. Nach dreistündigem Treiben in dem mit Fischschollen be-deckten Wasser wurden die beiden Offiziere von den Russen aufge-fischt. Nachdem sie nach mehrstündiger Fahrt auf dem Wasser an Land gebracht waren, transportierte man die Deutschen in ihren nassen Kleidern auf offene Leiterwagen im Schneegestöber nach Sibou. Ihre Hände hatte man mit Telephonadrähten auf dem Rücken und die Füße kreuzweise eben-falls mit solchen Drähten gefesselt. dahinterliegender Fuß an der rechten Sprosse des Wagens und der rechte an der linken Sprosse befestigt wurde. Vor allem gab man ihnen auch keine Gelegenheit und Zeit, ihre Kleider zu trocknen, und nur ein russischer Admiral erbatte sich der Schiffbrüchigen und schenkte ihnen zusammen ein Unterbleinleid, welches die beiden Offiziere abwechselnd trugen.

Von Sibou wurden die beiden Seeoffiziere sofort über Wilna nach Petersburg gebracht, nachdem ihnen von Sibou ob immer wieder eröffnet worden war, daß sie als Räuber behandelt und gehängt werden würden. In Petersburg kamen die Offiziere in Einzelhaft in eine Kerkerzelle in der berühmten Peter- und Pauls-Festung. Hier wurde Killinger, ebenso von Gorrissen 8 Wochen gefangen gehalten. Nur während der ersten 5 Tage durfte er eine Stunde täglich in einem kleinen Gefangenenhofe an die frische Luft. Auf Killingers Protest gegen diese würdelose Behandlung eines Kriegsgefangenen Offiziers gab ihm der beauftragende russische Offizier zu verstehen, daß Killingers Lage sich sofort verbessern würde, wenn er bei dem Ver-bür Ausfragen machen würde, die für die Russen von Wert seien. Man versuchte also, durch Erpressung einen Kriegsgefangenen zum Hochverrat zu zwingen. Nachdem die Russen endgültig eingeschlagen hatten, daß sie von einem deutschen Offizier auf diesem Wege nichts erfahren konnten, wurde Leutnant Killinger nach Sibou abtrans-portiert. Die Begleitmannschaften eröffneten ihm während der Reise, daß er zur Zwangsarbeit in den Bergwerken Sibiriens „be-gnadigt“ sei.

Die Behandlung in den verschiedenen Gefangenenlagern spottete zum Teil jeder Beschreibung. In dem Gefangenen-Lager von Omsk waren die Offiziere zu 50 und 80 in einem Raum zusammengepfercht. Es gab weder Matratzen noch Betten und alles wimmelte von Ungeziefer. Verschiedentlich traten Fleckfieber und Cholera auf, denen besonders unter den Mannschaften viele zum Opfer fielen. Für die insgesamt 300 Offiziere gab es nur eine Bedürfnisanstalt, die offen mitten auf dem Hofe lag und von welcher der Urnat niemals weg-geschafft wurde. Das Gefangenengehalt für Offiziere war auf 50 Rubel festgesetzt, was man sich selbst zu verpflegen hatte. Diese Summe wurde zum großen Teil von den Russen unterschlagen und als Repressalie gegen Deutschlands angeblich schlechte Gefangenenbehandlung bis auf 18 Rubel herabgesetzt. Nur mit Hilfe der Oesterreicher, die von den Russen etwas menschlicher behandelt wurden, war es den Deutschen möglich, ihren Lebens-unterhalt zu beschaffen. Für einen Keller Suppe mußte man z. B. 1/2 Rubel an den hiesigen bestellten Kantinenwirt zahlen.

Die deutschen Offiziere wurden meistens nur in Viehwagen be-fördert und bis zu 30 in einem Wagen zusammengepfercht. Bei der Kälte des sibirischen Winters und der Länge des Transportes hatten die behaartenwärtigen Kriegsgefangenen Entsetzliches zu leiden. Die Russen nahmen dabei selbst auf Verwundete und Kranke nicht die leiseste Rücksicht. Auch sie wurden, wie die Gefunden, in Viehwagen transportiert und blieben tagelang ohne ärztliche Hilfe.

Leutnant Killinger ist auf einem solchen Transport entflohen und nach einer abenteuerlichen Flucht über China und Amerika nach Deutschland zurückgekehrt.

## Aus aller Welt.

### Französische Stimmungszweigen.

Zur Beleuchtung der Antwort, die auch Frankreichs Regierung auf das deutsche Friedensangebot zu geben für richtig gehalten hat, mögen folgende Schriftstücke beitragen. Eine einfache Frau aus England schreibt an ihren im Haag gefangenen Mann: „Es ist traurig zu sehen, wie dieser Krieg sich solange hinzieht, und wie man kein Ende sieht. Hier geht es nicht gut; es fehlt an allem. Und immer noch nicht fertig? Und wozu? Wir ist es ganz gleich, ob ich Italienerin, Französin oder Deutsche bin. Man lebt überall, denn man ist nicht so lange auf der Erde. Du weißt, mein lieber Paul, es ist schrecklich, wenn überall Mangel ist, und wenn man die Andern sehen muß, die nicht mehr das Glück haben, einen Vater zu besitzen. Wie hart das für die Kleinen ist, und wie sehr ich wünsche, daß es zu Ende geht! Und alle Frauen, denen es so wie mir geht, sagen daselbe. Du hörst nur dies sagen: O, daß die Feinde so stark sind; doch man müßte nur kampfbereit sein! Aber es mangelt an Kohlen in den Fabriken. Es fehlt an allem. Ich glaube, es wird niemals ein Ende geben. Man hebt Wurschen von 17, 18 Jahren aus. Warum? Weil es zu sehr an Männern mangelt!“

Ein Gefangener, der durch seine Frau von der Forderung des Heim-erfahrens hat, schreibt ihr wörtlich das Folgende: „Man nennt sie (die Deutschen) Barbaren, aber das ist eine Lüge, und ich sage Dir die Wahrheit. Es würde ein großes Unglück für die Zivilisation sein, wenn Deutschland besetzt würde. Aber die Deutschlands Feinde sind zu große Feie, um es zu befeigen. Ich wünsche, denn ich müßte ein Heft schreiben, um Dir alles zu sagen.“ Der Brief trägt unter der Unterschrift die Worte: „Vive la paix!“ („Es lebe der Friede!“)

### Eisenbahnkatastrophe in Rumänien.

„Times“ meldet aus Ciurea in Rumänien, daß zwei Züge mit ungefähr 2000 Passagieren ineinander gefahren sind. Mehrere Wagen des einen Zuges wurden vollkommen ineinander geschoben. Der andere Zug entgleiste. Leiden von Soldaten, Frauen und Kindern liegen auf dem Bahnkörper. Unter den Verwundeten be-findet sich der französische Attaché Marquis Debelloy.

### Ein finnischer Wasserfall von Rußland enteignet.

Rosenhagen, 17. Januar. „Nationaltidende“ meldet aus Peters-burg: Die russische Regierung verfügt die Enteignung des finnischen Wasserfalls Balinskoki oder der kleinen Imatrata für Staatszwecke. Der Wasserfall soll zusammen mit der großen Imatrata für die Ver-sorgung des Gouvernements und der Stadt Petersburg ausgenutzt werden. Man rechnet mit einer jährlichen Kohlenersparnis für Petersburg von 3 Millionen Tonnen oder 60 Proz. des jetzigen Verbrauchs. Die großen Anlagen bei den Wasserfällen sollen in drei Jahren fertiggestellt sein.

### Die Rußischerin des Weltkrieges.

Die New Yorker Handelskammer veröffentlicht eine Statistik der Entwicklung New Yorks in den letzten Jahren, die durchweg Re-

fordjiffen aufweist. Danach hatte New York am 1. Januar 1917 eine Bevölkerungsziffer von 7 1/2 Millionen Einwohnern erreicht und ist somit die größte Stadt der Welt geworden. Durch-schnittlich wird dort in jeder Viertelstunde ein neues Haus her-gestellt. Die Stadt hat jetzt 88 000 Fabriken, die jährlich Waren im Werte von 3 Milliarden Dollar herstellen, 250 Theater, 103 Kranken-häuser, 558 Schulen mit zusammen 800 000 Schülern und 198 Parks. Mit jeder dieser Ziffer hat New York London, die bisherige größte Stadt der Welt, überholt.

**Pockenepidemie in Mathenow.** In Mathenow ist eine Pocken-epidemie ausgebrochen, die jedoch vorläufig zu besonderen Befürch-tungen keinen Anlaß zu geben scheint. Es sind bisher drei Todesfälle vorgekommen. Die Verstorbenen sind Arbeiter, die von auswärts nach dem Mathenow benachbarten Premmis zu-gewandert und dort beschäftigt waren. Erkrankt sind mehrere Per-sonen, die sich in der Mathenower Seuchenstation in ärztlicher Be-handlung befinden. Es handelt sich dabei durchweg um nicht schwere Fälle, die gleichmäßig verlaufen. Umfangreiche Schutzimpfungen sind in Mathenow und Premmis angeordnet worden. Dienstag ist nur ein einziger Erkrankungsfall vorgekommen.

**Großfeuer in Salswedel.** In der Maschinenfabrik von P. G. Kleinloß war Sonntag gegen 1/10 Uhr abends Feuer aus-gebrochen, das sofort mit großer Schnelligkeit um sich griff. Als die Feuerwehre alarmiert wurde, stand bereits der größte Teil der Fabrikanlage in Flammen. Zwei große Gebäude wurden mit den darin befindlichen wertvollen Maschinen und Materialbeständen ver-nichtet. Der Schaden ist sehr bedeutend. Man nimmt an, daß Diebe, die Treibriemen stahlen, das Feuer angelegt haben.

## Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Redaktion findet für Abonnenten Einzahlungen, 3. 17. 1917, 1917, 1917, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muß in ein Umschlag und eine Zahl als Unterschrift beifügen. Persönliche Antworten sind nicht erlaubt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Umschlag des Briefes, Schriftsätze aus verglichenen Briefen man in die Umschlag mit.

**M. 20. 2.** Sie müssen zunächst die Berechtigung zur Aufnahme von der dortigen Gemeindebehörde haben und dann hier bei der Gemeinde die Anmeldung besorgen. — **M. 20.** Dem Betreffenden steht das Kommunalver-eid nicht zu. — **M. 21.** Das ist nicht schlagfertig. — **M. 1875.** 1. Ja. 2. Die Kapitalbindung kann zum Erwerb oder zur Befreiung eigenen Grundbesitzes benutzt werden. Antrag ist beim Bezirksamt zu stellen. — **M. 20. 8. 20.** — **M. 20. 100.** 1. Sie müssen sich vom Armenvorsteher ein Armenrecht ausstellen lassen und unter Vorlegung dieses Attestes beim zuständigen Gericht Antrag auf Befreiung eines Anwalts stellen. 2. Die Kosten können vollständig von Ihnen eingetrieben werden. — **M. 3. 9. 20.** — **M. 2. 9370.** Die Abhebung des Geldes müßte durch den Schwager geschehen. Der Abhebung des Geldes müßte der Schwager einen Vollmacht erteilen. — **M. 2. 9.** — **Arbeiterauschuk.** Ueber die Anzahl der Mitglieder sind Bestimmungen nicht getroffen. Aus wieviel Personen die auf Grund des Gilddienstgesetzes zu wählenden Arbeiterauschüsse bestehen sollen, wird wahrscheinlich erst durch die Ausführungsbestimmungen festgelegt, die noch nicht erlassen sind. Wenden Sie sich mit einem Antrag auf Übernahme der Arbeiterauschuk-behandlung an die Landesversicherungsanstalt. — **M. 3. 1890.** Antrag auf Neue müssen Sie unter Vorlegung der Versicherungsbescheinigungen und der letzten Quittungsscheine selbst beim Versicherungsamt stellen. Kosten-höhe 65/107. — **17. 9. 1917.** Die Familie unterstützung soll auch bei Bekräftigung des Kriegsteilnehmers erst nach mehr in Fortfall kommen, wenn nicht Bekräftigung wegen Zahnenlucht erfolgte oder auf Anstufung aus dem Heere erkannt wurde. — **M. 3. 19.** Die Geschwister Ihres Cheinannes haben Erbanpruch, der aber durch ein eigenes Testament aus-geschaltet werden könnte. — **M. 6. 7.** Sie hatten nicht für den Erfolg der Ehebe. — **M. 6. 21.** Es würde sich empfehlen, persönlich in unsere Sprechstunde zu kommen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Allgemein kalt, teilweise aufhellend, jedoch vorwiegend trübe und etwas neblig, mit westwärtigen, im Westen meist geringen, im Osten stärkeren Schneefällen.

<b>Deutscher Transportarbeiter-Verband.</b> Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter <b>Wilhelm Sobanski</b> am 14. Januar im Alter von 30 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Januar, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Gasthofes in Nordend, Stankensfelder Straße, aus statt. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter <b>Leopold Ipach</b> von der Firma A. de, Reichen-bach, am 15. Januar im Alter von 48 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Januar, nach-mittags 2 Uhr, von der Leichen-halle des Paulstrichhofes, Berlin, Eeststraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.	<b>Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.</b> Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen <b>Ludwig</b> Rudolphs, 6. Bezirk 4, welcher am 12. d. M. verstorben ist, nach längerem Leiden am Freitag, den 12. d. M., verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. M., mittags 12 Uhr, auf dem Central-Friedhof in Neudorffstraße (süd-lich) um rege Beteiligung bittet 12/10 Die Ortsverwaltung.	<b>Deutscher Metallarbeiter-Verband.</b> Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser <b>Hans Lehmann</b> am 10. d. M. im Lazarett ge-storben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Januar, nach-mittags 2 Uhr, von der Leichen-halle des Central-Friedhofes in Friedrichsstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 129/12 Die Ortsverwaltung.
<b>Arbeiter-Radfahrer-Verein Marienfelde.</b> Am 20. Dezember 1916 fiel als Opfer des Weltkrieges unser lang-jähriger erster Vorsitzender und Sportgenosse <b>Otto Fischer</b> auf dem 37. J. 1917. Als starrer Förderer der freien Sportbewegung war sein Nach-sein von der ersten Reihe; seine unermüdbare Tätigkeit für die Arbeiterbewegung hat ihm ein dauerndes Andenken. Ruhe sanft in fremder Erde. Der Vorstand.	<b>Westmann's Trauermagazin</b> Größte Auswahl. Billigste Preise. L. Mohrenstraße 37a (Kolonaden) H. O. Frankfurter Str. 115 (nahe Anhalter) Auswahlleistungen sofort. Ami Zentrum 1960. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.	<b>Bei Magen- und Darmleiden.</b> Krämpfe, Bälle und Trägheit, Hebelkeit, Sodbrennen, Ver-dauungsstörungen, Hämorrhoiden usw. ist unter Oxyan Sauer-salz in Wirkung unüberwunden. Wirklich glänzend be-währt. Schachtel M. 2,75 und 5,50 durch <b>Dr. Gebhard &amp; Cie., Berlin 117, Hallesche Str. 23.</b>



Was der Winter zaubert.

Die Welt gleich die Welt verwandelt aus, wenn alles von dieser Schneehaut überzogen ist — Die höchsten Bäume, die kahlen, schwachen Weiden bis in die feinsten Verzweigungen von dem weichen, eifigen Glanz hoch überzogen, auf der schwarzen Ader jeder Astspitze schimmert in matten Wintern dies weiße Chaos, das sich unentwirrbar durcheinander windet in unberührter Reinheit und doch in jedem Punkt seiner Verästelungen sich so klar in dem zauberischen Gewirr dieser überhöhten Pracht von einander abhebt. Die Häuser haben große Fensterflächen übergezogen, die Laternen und Anschlagkäulen kleinere; jede Fensterbank ist mit einem schwellenden weichen Asten belegt, in jedem Mauerloch, auf jedem winzigen Steinvorsprung haben sich die kleinen hellen Wintervögel eingekuschelt — und alles ist so viel traulicher geworden, als vordem. Da fährt die Sonne mit breitem Goldpfeil darüber und ein zartes Geplätscher, wie ein leises Glimmern an die Sternenspitzen, aus denen sie in der Nacht niedergeflogen sind, zittert aus den gerlichen Kristallen auf, aus denen sich die Schneeflocken in wunderbaren Bildungen zusammenlegen.

Schneebäume nennt man diese überaus feinen Sterne auch wohl — und wirklich scheinen manche aus märchenhaften Blüten zusammengezaubert zu sein. Andere wiederum scheinen nicht bei einem Wundergärtner in Eisenland, sondern bei einem Mathematiker entstanden zu sein. Sechs hauchfeine Stäbchen sind in Winkeln von je 60 Grad um einen Mittelpunkt als Radien gruppiert — oder auch ihre sechs Endpunkte sind miteinander verbunden, und das ganze, zwischen ihnen liegende Feld ist glatt mit einem schillernden kristallinen Blättchen ausgefüllt, — oder endlich um ein solches Sechseck tangen ein halbes Dutzend anderer Sechsecke von kleinerem Format. Auch blatt- und zweigartige Gebilde sieht man hier zusammenkompomponiert — so leuchtende Formeln aus Silberstaub, manchmal silberfarbene Gegenblättchen und Tannenzapfen, zu ewig neuen Sternwundern vereinigt. Aber ehe man diese heimliche Schönheit der Natur, die in jedem Schneefall mit einer wunderbar aufbauenden Kraft willkürliche Verwindung treibt, erst erkannt hat, mancher Winter, manches Jahrtausend unbekannt mit der Blindheit der Menschen, seine Millionenstärken über sie ausgegossen — bis eines Tages einer, der seine Augen auch sonst offen hielt in der Welt, das schöne Geheimnis entdeckte und den anderen offenbarte. Er machte nicht viel Aufhebens davon, er war der gleiche Mann, der auch das Geheimnis des Weltdaues ergründet hatte: Johann Kepler.

Und in wie schöner, liebenswürdig, fast humorvoller Weise machte er der Natur das Geschenk seiner neuen Wissenschaft! Ein Neujahrsgedicht machte er daraus, das er in Form einer kleinen Schrift über den sechsseitigen Schnee seinem Freunde, dem kaiserlichen Geheimrat Wadler von Wadensfels zur Jahreswende 1611 überlieferte. Er sei in größter Verlegenheit gewesen, schreibt er in der Einleitung zu dem Schriftchen, was er seinem philosophischen Freunde zu dieser Gelegenheit geben sollte; es sei ihm nichts richtig genug erschienen, als das es vor den Augen eines Mannes, der von der Richtigkeit aller Dinge überzeugt sei, Gnade finden würde. Da sei er eben über eine Gedächtnisprobe gekommen, als ihm auf dem Vermeil zierliche Schneeflocken niedergeflogen seien, alle von so schöner sechsseitiger Form. „Siehe — ein Ding kleiner als ein winziger Tropfen und mit vollendetem Gestalt begabt, gewiss ein erwünschtes Angebinde für den Liebhaber des Nichts, nicht weniger passend für den mathematischen Gelehrten, der nichts hat und nichts empfängt.“ Dabei spielt Kepler in reizender Weise mit dem lateinischen nix (Schnee), das bald als das niederdeutsche Nix, bald in der eigentlichen Bedeutung des Wortes als „Schnee“ verstanden sein will.

Schöner fast noch als im Schneegewande mild und die Natur erscheinen, wenn der Anahitrois seine silbernen blühenden Äste durch alles Gezweig geiponnen hat, der Wald im funkelnden Glanz der Eispieren wie von weißen Blütenwolken überhöht ist, Diamanten in das letzte zerschneidende Spinnweb über Nacht hineingelegt sind und durch die himmelblauen Schichten des dämmrigen Tages zauberhafte, leise glimmende Spinnwebgepinne aus den Trauerbüschen herniederhängen in das weiche Schweigen der hehren Winterpracht. Ein Aben dieser wunderbaren Schönheit liegt schon hin und wieder an frostigen Herbsttagen und auch wohl im Winter selbst über der Welt, wenn der Reif seine graue Schleier in einer sternhellen Nacht über Dächer und Fische, Büsche, Wiesen und Felder geweht hat. Nur in einer klaren wolkenlosen Nacht können diese eifigen Tropfen ihre mattglimmenden Dämpfen entzünden. — Wolken hindern die Bildung der Zautropfen, die in der Nacht

alle zu Reif gefrieren; denn sie lassen die zur Ausbildung erforderliche Wärmeabstrahlung aus der Erde nicht vor sich gehen, hindern sie wenigstens ganz beträchtlich, da sie geradezu wie ein Pantel wirken und eine regelrechte Schutzkappe an und über die Erde legen. Hiervon kann man sich durch das einfache Experiment überzeugen. Man bringt die Quecksilberkugel eines Thermometers im Brennpunkt eines laubers ausgehöhlten Hohlspiegels an und hält den Spiegel auf eine Wolke gerichtet — gleich steigt die Quecksilberkugel, während das Thermometer fällt, wenn man den Spiegel auf eine wolkenfreie Stelle des Firmaments richtet. Es darf hier jedoch auch nicht der leibliche Dunstschatten die Klarheit der Sterne trüben — woraus ersichtlich ist, welche eminente Wirkung die Wolken hierbei ausüben. Dies wussten schon die Peruaner zur Zeit der Inkas. Nicht nur, daß sie die Götter mit Gebeten zu bestimmen suchten, ihre Reisfelder vor Frost zu schützen, sondern sie beschäftigten sich auch praktisch, um den drohenden Schaden selbst abzuwenden. Wenn eine sternhelle Nacht sich heranzog, zündeten sie auf den Feldern, die sie vor dem Reif schützen wollten, große Fingerringe an, die mit ihrem dicken Laolin außerordentlich viel Rauch erzeugten, der die gleiche Funktion wie die Wolken verrichtete, falls nicht zu starker Wind herrschte.

Hier in der freien Luft wirkt der feuchte Dampf wie ein Ovenschirm für die Erde, im geschlossenen Raum aber schlägt er sich an den Fenstern nieder und zaubert dort die schönsten Wunder des Winters hervor. Die aus grau schimmernden Seiden geflochten und kunstvoll ineinander verwebt, wuchern in glitzernder Fülle hier phantastische Palmen- und Farnwedel aus dem Fensterrahmen empor. Die demantenen ausgelegte feine Ringe schillern die hohen, schlanken Gräser und Schilfbündel aus graziös filigranten, nie gefessenen Blattgebilden, und das Auge findet immer neue köstliche Schönheiten in dem Blütenraum des Frühlings, wie Gaudin vorstellend die feenhaft schönen Kristallmarchen der gekrochten Schneeflocken nennt.

Schon ein lieblicher Genuß es ist, diese als Ganzes zu betrachten, so vertieft man unangenehm, ja geradezu unerträglich können sie werden, wenn sie, in ihre zarten Kristallbestandteile aufgelöst, einem in der freien Luft als Staubdünne zu Selde rücken. Als solche sind sie fast völlig unsichtbar — man sieht sie nicht — fällt sie indes um so intensiver! Weder Dächer noch Türen schüßen davor. Durch die engsten Ritzen, ja selbst durch die Kleidung dringen sie bis auf die Haut und machen das Dasein wenig behaglich. Wir in der gemäßigten Zone sind jedoch vor diesem fälschlichen Wintergast ziemlich sicher. Bei den nördlichen Zappländern und noch weiter zum Pol hinan treibt er sein unsichtbares Wesen. Durch das Vorhandensein dieses Staubdünnes ist es auch allein zu erklären, daß mandmal bei völlig klarem Himmel plötzlich ein mehrere Minuten währende feiner Regen einsetzt. Schon Arago führt diese sonst unerklärliche Erscheinung auf die durchsichtigen Eiskristalle des Staubdünnes zurück, und von Hauptursachen sind uns Schilderungen über die Annehmlichkeiten des Staubdünnes während seines Aufenthaltes in Lappland erhalten, bei deren Lesüre einem die Nähe zu klappen beginnt.

Kleines Feuilleton.

Die Schlacht schläft.

Nun regnet es schon eine ganze Woche. Der Himmel hängt sich tief in die Argonnen. Die Wolken streifen die zerbrochenen Eisenklumpen und werfen sich breit über die granitumwühlten, fahlen Hänge. Dampf herrscht hier, und das Wasser lächelt, argelt und plätschert in die Täler. Die roten Kisten im Schilme. Die Tränen. Wir schlafen. Wir schlafen. Wir schlafen.

Da fühlte Worte. Der schmale Höhenzug schließt sich träge in die fälschliche Landschaft. Wie rieche unendliche Grabrisse ragen hier und dort die erstarrten Stämme des einstigen Waldes hoch. Die Laufgräben schleichen sich traurig nach dem blutigen Drangewir der Schlachtfelder an Horizont.

In fälschlicher Todesbereitschaft — sprunghaft, steinwurfweit — belauert sich Kompanie gegen Kompanie — Posten gegen Posten. Der Mensch ist schon lange tot. Ein neues Wesen ist geworden: der Soldat.

Die Mienen rauschen und bersten. Die Täler können und qualmen. Handgranaten brüllen. Gewehrbrüche lodern. Kanonaden umbrüllen und zerbrechen die Stellung. In der Tiefe prallt sich der Tod Schlag um Schlag heran. Dynamit im Rücken. Dann springt eine Mine dumpf rollend aus. . . Und die Schlacht schläft.

So geht es jeden Tag. Wir schleppen Mienen. Die wird der unscheinbare Körper in sein kurzes Maul nehmen und zu dem Franzmann hinüberhusten. Und der Regen rauscht. Das Licht ist tot. Die Schlacht schläft. Wir schleppen Mienen. Die lasten auf Leib und Seele. (s) M. B.

Das „trockene“ Amerika.

Ueber die Antialkoholbewegung in Amerika, die gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht hat, macht der amerikanische Berichtserstatler des „Daily Chronicle“ eine Reihe bemerkenswerter Angaben. Um den Unterschied zwischen dem Amerika von einst und von heute anschaulicher zu machen, wird als bezeichnendes Beispiel der Staat Montana angeführt. In der kleinsten Abstellung Montanas, und wenn sie selbst nur aus einem einzigen Wohnhaus bestand, gab es zwei untrennbar miteinander vereinigte, meist in demselben Raum befindliche Einrichtungen, den Spiel- und Trinksalon. Auch die Farmerleute kannten dies als einziges Ziel ihrer freien Zeit und ihrer Vergnügungen. Heute jedoch ist derselbe Staat in dieser Beziehung überhaupt nicht mehr wiederzuerkennen. Vor wenigen Jahren erst wurde das Spielen verboten, und am 7. November 1916 wurde der Alkoholverkauf allgemein und ausnahmslos unterbunden. Der Kampf gegen den Alkohol wurde nach den Angaben des Berichtserstatlers nicht so sehr durch Temperenzgesellschaften zum Siege geführt, wie man in Europa glaubte, sondern durch die Verdorfung selbst. Und zwar handelte es sich dabei nicht so sehr um eine Frage der Moral wie um eine rein wirtschaftliche, sozusagen geschäftliche Erkenntnis. Heute wisse auch der Farmerrecht, daß er sofort entlassen werde, wenn er trinke. In der amerikanischen Armee, die früher einen ungeheuren Alkoholverbrauch hatte, werde heute Branntwein z. B. so gut wie überhaupt nicht mehr getrunken. Am bezeichnendsten für die Kampfstellung gegen den Alkohol sei der Umstand, daß im Gegensatz zu den Friedenszeiten in Frankreich und Rußland der Handel mit Alkohol überhaupt nicht als beruflichungsähnliche Industrie angesehen werde. Wenn einer der Bundesstaaten sich als „trocken“ erklärt, wird die betreffende Industrie in seiner Weise entscheidend, sondern sie stellt sich verweigert, sich einem anderen Wirtschaftszweig zuzuwenden. Ueberhaupt werde der Branntweinhersteller nicht mehr in seinem einzigen Fall habe in Amerika ein Branntweinbrenner oder Brauer, wenn er durch ein Antialkoholgesetz zur plötzlichen Aufgabe seines Geschäftes gezwungen wurde, auch nur einen Pfennig Entschädigung erhalten. Zwar gäbe es auch noch heute zahlreiche amerikanische Bundesstaaten, in denen die Alkoholindustrie gesetzlich gestattet ist, aber auch dort sei es kaum möglich, sich zu betrinken (?), da die Arbeitsverhältnisse dies unterbinden. Eine der größten nordamerikanischen Eisenbahngesellschaften z. B., die 40 000 Angestellte beschäftigt, mache es zur Bedingung, daß keiner der Angestellten in der Dienstzeit oder auch außerhalb der Dienstzeit Branntwein trinke.

Notizen.

— Kunstkronik. Franz Gekendorf, der als Flieger auf dem Balkan kämpfte, veranstaltet eine Ausstellung von Zeichnungen und Gemälden vom Balkan, die am Sonnabend, den 11. d. Mts., im Graphischen Kabinett J. A. Neumann eröffnet wird.

— Vorträge. Im Koninksaal spricht Freitag, den 19. Januar, abends 8½ Uhr, im Humboldt-Park, Tannenstr. 7 Frau Dr. Müller-Lyer über Schmerz.

— Spaniens drahtloser Nachrichtenendienst. Die spanische Gesellschaft für drahtlose Telegraphie veröffentlicht eine Uebersicht über die in Spanien 1916 eingegangenen drahtlosen Nachrichten: Von Oesterreich-Ungarn kamen 139 012 Worte auf drahtlosen Wege, von England 1 276 008 Worte, von Deutschland 1 322 888, von Frankreich 882 843, von Italien 170 407. In Madrid und Barcelona werden die drahtlosen Nachrichten den Blättern und sonstigen Abonnenten in Form von besondern Ausweisen übergeben und zwar die österreichischen und deutschen Nachrichten auf blauem Papier, die Nachrichten der Entente-Länder auf gelbem Papier, dreimal täglich. Alle diese Nachrichten stellen im Laufe des Jahres 1916 insgesamt einen Vorrat von nicht weniger als 3 944 978 Worten dar.

Ums Menschentum.

Ein Schiller-Roman von Walter von Kolo. (Schluß.)

Der Vater war kurrig und hatte die Gicht, die Mutter meinte, nur die Rhine erlöse stark und gefaßt. Sie sollte es als erste wissen. Sie nicht und küßte ihn auf die Stirn; schon sah sie nur ihr eigenes, kleines, einsames Leben herankriechen, nun, da ihr Hoffnungsstimmchen von ihr ging. Doch küßte sie die Frau im Alttag, wenn es den Entschluß um innere Güter gilt. „Geh, Fritz, geh! Werd' ein Mensch für die Ewigkeit; auch Vater lieh dem dummen Schicksal davon, als er jung war; ihm gelang's nicht; dir wird es gelingen! Dem Streicher sag, daß ich ihn die Hände küßen möchte, er lebt sich durch sein Samaritanerweh in die bleibende Weltgeschichte. Der Mutter will ich's schon melden; aber: Vater darf nichts wissen!“

„Mein Rhine, der begriff mich nicht und: er muß rein vor dem Herzog stehen!“

Reiß brannte der Abschiedslug . . . Mutterarme sind erdrückende Lasten, wenn sie zum Lebewohl auf Abgangsschultern ruhen. „Du bist mir alles, Fritz, was ich vom Leben hab! Doch geh! Der Mensch ohne innere Zufriedenheit ist kein Mensch! Such die neue Eltern — neue Geschwister — im fremden Land. . .“ hülllos weinte sie an seiner Brust, doch sie zwang die Worte weiter mit zerreißender Qual. „Steh nicht zurück! Brüder und Schwestern sind die Menschen überall; dich werden sie hören!“ Lange hielt sie ihn umschlungen. — „Geh, geh,“ die Tür fiel zu; die Mutter sank zu Boden und grüßte mit vorlegenschmerzlichem Lächeln, das ihn trösten wollte, den Schall seiner Tritte.

Der Vater fürchtete fürs tägliche Brot, wenn sein Sohn sich nicht fügte; er war von Sorgen und Mühen widerstandslos gehämmert und die seinen, eigenen Gedanken standen nur mehr hier und da, weit draußen am Horizont seines Denkens, wie Wetterwolken, die niemals zur Entladung kamen. „Nig Ge sich und den! Er endlich an Seine Familie. Der Ludwigsburger Garteninspektor hat die ganze Sache nur angezettelt, um an meine Stelle zu rücken. Hinc illae lacrymae! Dieser Er mich meinen Feinden nicht aus; ich hab noch Kinder zu versorgen! Bedenke Er, was wir vor ihn für Opfer brachten! Alles könnte noch gut werden, wenn Er sein Sten zur Ruhe schraubte. Gewiß ist Er ein kluger Kopf, aber; man muß sich nach der Dede strecken. Wir leben in unserer Zeit und können nicht drüber weg.“

Fritz! Geh Er nur sein Ehrenwort, daß Er zu Stuttgart immer Literatur treiben wolle, daß Er als Redakteur der Dichtkunst, die soviel Anglist über uns gebracht hat, valet sage.“

„Ja, Vater,“ antwortete Schiller fest und sah an der Stuhndecke den schwingenden Kerzenrahmen, um den die Fliegen spielten. „Ich geh Ihnen mein Ehrenwort!“

Das hatte Kaspar Schiller sich nicht einmal zu denken getraut. Seine Augen leuchteten froh und selig. „Er gibt mir Sein Wort?“ fragte er noch einmal misstrauisch. „Sein Wort, daß Er zu Stuttgart immer Literatur treiben wolle und als Redakteur der Dichterei enttagen wird?“

„Ja, Vater, das Wort kann ich Ihnen jetzt geben.“

Ritternd vor Freude und heißem Dankgefühl, das aus bedrangtem Herzen kam, küßte Kaspar Schiller seinen Sohn auf die Stirn. „Mutter! Mutter!“ rief er wohlgekauert, weil alles so leicht gegangen war, viel leichter als er zu hoffen gewagt hatte. „Mutter, Rhine, Luise!“ Seine Stimme hallte durch die herzogliche Dienstwohnung; er schlug mit dem Stocke freudig lärmend auf den Tisch. „Bringet Wein! Der Fritz ist vernünftig worden!“

Körperlose, blasse Stimmen meldeten von außen die Antwort und riefen: „Ja.“

„Die Weiber.“ lachte Kaspar Schiller und suchte das nichtige Wein auf die Erde zu bringen. „Sie hatten Angst! Na, das tut mich!“

Am standen sie in der Tür und hatten noch die Augen naß. „Weg mit den Tränen!“ lachte Kaspar Schiller, „der Fritz ist vernünftig worden und gibt das Schreiben auf. — Wir haben uns doch leicht und gütig verständigt; nicht, Fritz?“

„Ja, Vater!“

Der Wein rannte wie ausgerauchtes, körperloses Mut in die spiegelnden Gläser.

„Ja, muß bald fort,“ sagte Friedrich Schiller, „ich muß sehen, daß ich nach Stuttgart komme, ehe sie mir die Tore sperren.“

„Hast du Lazarettendienst?“

„Ja — das auch.“

Petersen und Professor Abel saßen im dunkeln Zimmer beisammen und horchten. Der nächste Wind schlich um die steilen Giebel, die Wetterfahnen knarrten. Bewegunglos lauschten sie der einträgigen Weltmusik. Der Kesselnach klang. Es ging auf zehn Uhr.

Da sagte mit einmalmale Petersens trodene Stimme: „Ich meine, ich hörte sie?“

Doch es war nur ein Gassenpatrouillist.

„Es wird eine böse Zeit,“ sagte Professor Abel und zog das Taschentuch; er schloß die Vorhangs, „bis wir wissen, daß er in Sicherheit sei. Dreiundzwanzig Gulden hat der Schiller, damit kommt er nicht weit! Von mir hat er kein Geld genommen. Petersen, wie wird's dem Armen ergehen? Wird der Dalberg alles erfüllen, was der Schiller erhofft?“

„Der Streicher verläßt ihn nicht!“

„Der treue Mensch ist wie Gold!“

„Sie kommen!“

Ueber das holprige Pflaster vollerte eine zweispännige Kutsche. Zwei Koffer lagen auf dem umgitterten Dache festgebunden. Das fahle Licht der wenigen Sterne ließ im Wageninnern zwei blasse Flecke erkennen, die regungslos im rollenden Dunkel des Nachtschlages hielten, wie angestarrt. Der Wagen rumpelte gegen das Göttinger Tor.

Tragend und leicht sah Professor Abel seinen ehemaligen Schüler an. Der sagte heiser: „Sie machen den Umweg, weil der Scharfstein dort die Wache hat. Der Beste im Lande muß stehen! Sein „Jesoo“ wird ihn wiederbringen!“

Sie reichten sich tiefbewegt die Hände. Schweigend hing die beklemmende Nacht über der Stadt. Das Wagenrollen verhallte; es lärmte noch einmal auf der feinernein Stadigrabenbrücke und ward still.

„Salt! Werda? Unteroffizier raus!“

Schillers Hand fuhr nach der Pistole.

„Wer sind die Herren? Wo wolle Sie hin?“

„Doktor Ritter und Doktor Wolf, beide nach Göttingen reisend,“ sagte Streicher mit ruhiger Stimme; er sah fest in das Licht der entgegengehaltenen Laterne, die der Wachtposten prüfend zum Wagenfenster hob.

Der Soldat notierte alles auf dem Passantenzettel, noch ein Mal sah er herein. Der andere Herr schien zu schlafen; weit stand die Unterlippe vor und die Augenbrauen schlössen sich eng aneinander; der Dreispiz sah tief in der Stirn.

„Passiert!“

Schwerfällig knippten die Lorfügel auf. Es weiter leuchtete draußen in der dunkeln Welt. Die Pferde gingen langsam durch die Deffnung in der dicken Mauer. Wieder fiel hinter den fernem Bergen ein Blitz. Im hellen Fenster der Wachtstube stand ein schlanker Offizier, hochauferichtet; er hob die Hand gegen die Augen. Grüßte er? Beinte er?

„Das war der Scharfstein!“ Wie ein Beschrei klang's. Die Weitsche zog. Mit plötzlichen Hund zogen die Pferde an. Naß ging es in die Nacht hinaus, in scharfer Wendung. Der Freiheit, dem Glend, der Ewigkeit zu!

Fern grollte der Donner . . .

